

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feiertagen“, „Muzere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einschl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einschl. 18 Pfg. Postzeitungsgeb., zusätzl. 36 Pfg. Bestellgeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: G.W. Zaiser (Jah. N. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Tages-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Reklamezeile 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Kupfer- und Silber-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postl. Kto. Stuttgart 5113

Nr. 260

Gegründet 1827

Samstag, den 5. November 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Tagespiegel

Die Entscheidung des Reichskabinetts über die Konfingierung ist in der nächsten Woche zu erwarten.

Die Grüne Front hat in einem Telegramm an den Reichskanzler gegen die Verschiebung der Entscheidung über die Konfingierung Einspruch erhoben und sofortige autonome Durchführung der Maßnahmen verlangt.

Das Unterhaus hat die Vorlage über die Abkommen von Ottawa in dritter Lesung mit 418 gegen 68 Stimmen angenommen.

In London erregt es Aufsehen, daß Mac Donald die Teilnahme am diesjährigen Guildhall-Bankett (Bankett im Londoner Rathaus aus Anlaß der Einführung des neuen Oberbürgermeisters) abgelehnt habe. Seit 1917 hat der jeweilige Premierminister stets an dem alljährlichen Bankett teilgenommen und eine politische Rede gehalten.

Das südafrikanische Diktator-Kabinettskritik ist zurückgetreten. Sefikah wurde vom König abermals mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Durch die Ausschreitungen bei dem Berliner Verkehrtstreik wurden gestern drei Personen getötet und mehrere verletzt.

Rundfunkrede des Reichskanzlers

Berlin, 4. Nov. Reichskanzler v. Papen hielt heute abend im Rundfunk folgende Ansprache zur Lage: Tiefste Trauer muß die Brust jedes Patrioten erfüllen, wenn er die geistige Zerrissenheit seines Volks sieht, wenn er sieht, wie Haß und Verleumdung, Lüge und Ehrabschneidung tiefe Furchen durch die deutsche Volksseele ziehen, und das alles in einem Augenblick, wo nationale Sammlung höchstes Gebot patriotischer und wirtschaftlicher Klugheit sein sollte. Der Streit geht um die Herstellung einer neuen Staatsführung, die uns aus dem Sumpf der letzten Jahre heraus und der nationalen Wiedergeburt zuführen soll — einer Staatsführung des Zusammenwirkens eines arbeitsfähigen Parlaments mit einer autoritären Regierung. Da ist es freilich nicht verwunderlich, daß die Parteibürokratie, die bis heute geherrscht, sich aufbäumt und einen Kampf aller gegen alle ins Werk setzt.

Diese Parteibürokratie hat Deutschland in zwei große Lager gespalten. Auf der einen Seite die Marxisten aller Schattierungen, auf der anderen Seite der Rest des deutschen Bürgertums. Wie hatten wir seinerzeit den Kampf der Hillers: „Gegen den Marxismus und für die nationale Erneuerung“ begrüßt! Wie hatten wir gehofft, daß er die der bolschewistischen Idee verfallene Arbeiterklasse der nationalen Sammlung zuführen sollte. Indes kein Einbruch in die Reihen der roten Front ist leider nur gering geblieben, und das ist sicherlich nicht die Schuld dieser Regierung, die ihn und seinen Propagandamethoden zum letzten Wahlkampf und heute so freie Hand wie nur möglich gelassen hat. Aber es ist nicht verwunderlich, daß Herr Hiller in jenen Reihen keine Eroberungen macht, wenn er für die nationale Sammlung die gleichen Methoden des Klassenkampfes, der Verleumdung und Verhegung anwendet, in denen jene ihm weit überlegen sind. Diese elende Parteibürokratie hat nichts Besseres zu tun, als dem Volk tagtäglich zu sagen, das Wirtschaftsprogramm „Papen-Goldfämidit“ sei ja schon gescheitert. Eine bewußte Verleumdung, mich mit dem Namen dieses bekannten Bankiers verbinden, der gewiß ein sehr kluger Mann ist, aber mit dem Regierungsprogramm so wenig zu tun hat wie mit dem Nordpol.

Ist das Programm gescheitert? Im Gegenteil aus allen Orten des Reiches meldet man Befebung der Wirtschaft, die Frachtmengen der Eisenbahn steigen, die Arbeit der größten Elektrizitätswerke mehrt sich. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt seit langem zum ersten Mal. Das Programm arbeitet, und wenn diese Verhegung der letzten Wochen nicht einen Teil des Vertrauens zu der Vernunft des deutschen Volkes zu ersticken gedroht hätte, dann wären wir heute schon viel weiter. Ist dieses Programm, wie man verleumderisch sagt, nur ein „Programm für Großunternehmer und Banken“? Nein! Tausendmal nein! Es ist ein Programm für den Handwerker, den kleinen Arbeiter und den Gewerbetreibenden ebenso gut wie für die Großbetriebe. Es ist ein Programm für das wehrfähige deutsche Volk. Es ist ein Streit um Worte, wenn Herr Hiller behauptet, daß er an dem schwarzen 13. August nicht die „volle Macht“ gefordert habe. Zu oft, und in diesem Wahlkampf tagtäglich, wird es von allen Parteirednern und allen Zeitungen der NSDAP wiederholt: „Alle Macht für Hitler!“ Es ist die „Ausschließlichkeit“ dieser Bewegung, ihre Forderung von „Alles oder Nichts“, die der Herr Reichspräsident nicht anerkennen konnte, die zu dem Bruch am 13. August geführt hat.

Braun wendet sich an den Reichspräsidenten

Berlin, 4. Nov. Ministerpräsident Braun hat sich nach Zeitungsberichten in einem Schreiben an den Reichspräsidenten darüber beschwert, daß ihm seine früheren Amtsräume in der Wilhelmstraße vorenthalten und die Sitzungen des Kabinetts auf die Räume des bisherigen Wohlfahrtsministeriums beschränkt werden. Dasselbe gelte für die Amtsräume des Ministers Severing. Der Reichskommissar verweigere auch die unmittelbare Ausfolgung von Akten und Beamten an die Staatsregierung und verlange, daß die Minister die Anforderungen über die Staatssekretäre zu leisten hätten. Dies lehne er (Braun) ab. Auf diese Weise sei die Erfüllung der Aufgaben, die das Leipziger Urteil dem Staatsministerium zuweise, nicht möglich, namentlich wenn es sich um eilige Fälle handle.

Aus Kreisen der kommissarischen Regierung in Preußen wird dazu bemerkt, daß man nach wie vor in jeder Weise bereit sei, berechtigten Wünschen der preußischen Minister hinsichtlich der Bereitstellung von Arbeitsräumen usw. Rechnung zu tragen. Es sei aber unzulässig, den Mitgliedern des Kabinetts Braun Büros in den einzelnen Fachministerien einzuräumen, oder gar das Gebäude des Staatsministeriums in der Wilhelmstraße ihnen zur Verfügung zu stellen. Die im Wohlfahrtsministerium angewiesenen Räume seien durchaus würdig und ausreichend. Bezüglich der Akten könne

sich der dienstliche Verkehr zwischen dem preußischen Staatsministerium und anderen preußischen Stellen, wenn eine verhängnisvolle Verwirrung der Befugnisse verhindert werden soll, nur so vollziehen, daß diesbezügliche Wünsche durch Vermittlung des Ministerialdirektors Bredt dem Beauftragten des Staatskommissars zugeleitet werden. Im übrigen stehe dem Ministerpräsidenten Braun der Verkehr mit den stellvertretenden Reichratsbevollmächtigten, die ja höhere Beamte in den Ministerien sind, frei, soweit es sich um Reichratsangelegenheiten handle. Dabei werde es sich nicht vermeiden lassen, daß die betreffenden Beamten ihren vorgelegten Staatssekretären darüber Bericht erstatten.

Vorläufige Antwort des Reichspräsidenten

Berlin, 4. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des BdZ meldet, ist der vom Ministerpräsidenten Braun in der gestrigen Presskonferenz angekündigte Brief noch gestern abend im Büro des Reichspräsidenten eingegangen. Der Reichspräsident hat dem preußischen Ministerpräsidenten eine vorläufige Antwort erteilt, die die persönliche Unterschrift des Reichspräsidenten trägt, den Empfang des Briefes des Ministerpräsidenten bestätigt und hinzufügt, daß das Schreiben Brauns zur Prüfung an den Reichskanzler weitergeleitet worden sei. Der Wortlaut des Schreibens dürfte erst später veröffentlicht werden.

Neue Nachrichten Empfang beim Reichspräsidenten

Berlin, 4. Nov. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer Brandenburg, v. Oppen-Dannemwölbe, zu einem Vortrag über die Lage der märkischen Landwirtschaft.

Entlastung der Gemeinden

Berlin, 4. Nov. Die Reichsregierung wird mit Wirkung vom November folgende Maßnahmen treffen: 1. Für den November wird die Zahlung aus dem Wohlfahrts-erwerbslosenfonds gegenüber dem Oktober um 5 Millionen, d. h. auf 65 Millionen erhöht. 2. Für die Monate November 1932 bis März 1933 werden insgesamt 50 Millionen aus Mitteln der Alt für die Wohlfahrt verwendet. Es werden also im November für die Verteilung 75 Millionen zur Verfügung stehen. Diese Beträge werden sich für die härtesten Wintermonate dadurch noch weiter erhöhen, daß später die Zuwendungen aus den Wohlfahrtsfonds noch gesteigert werden. 3. Per auf der Gemeinden unerträglich lastende fortgesetzte Zustrom der Arbeitslosen soll dadurch vorübergehend gestoppt werden, daß in der Zeit vom 28. November bis zum 31. März Arbeitslose aus der Krut nicht mehr in die Wohlfahrt kommen, also während dieser Zeit in der Krut bleiben. 4. Die Verbesserung des Schließens durch Staffeln und Beredelung wird den veränderten Verhältnissen angepaßt.

Kein Bündnisangebot Papens

Berlin, 4. Nov. Im „Völkischen Beobachter“ vom 4. November wird unter der Überschrift „An Frankreich wurde das Angebot eines Militärbündnisses gemacht!“ behauptet, Reichskanzler von Papen habe nach Frankreich die Hand ausgestreckt mit dem Vorschlag eines Militärabkommens. Weiter veröffentlicht das Blatt angebliche Einzelheiten dieses Vorschlages und behauptet außerdem, der Großindustrielle Arnold Reckberg habe „im Anschluß an eine längere Konferenz im Reichskanzlerpalais“ über diese angeblichen Pläne „aufsehenerregende Äußerungen“ gemacht. Diese Behauptungen sind, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, von Anfang bis zu Ende unwahr. Reichskanzler von Papen hat Frankreich weder direkt noch indirekt den Vorschlag eines Militärabkommens gemacht. Er hat auch mit dem Großindustriellen Arnold Reckberg weder im Reichskanzlerpalais noch an anderer Stelle eine Konferenz gehabt und auch nicht durch Mittelsleute mit Arnold Reckberg in Verbindung gestanden.

Botenschaft des Deutschen Kirchenbunds an die Kirche Schwedens

Stockholm, 4. Nov. König Gustaf von Schweden empfing heute im Schloß zu Stockholm den Berliner Theologieprofessor Geheimrat D. Dr. Deihmann zur Entgegennahme einer Botenschaft, die der Deutsche Evangelische Kirchenbund zum 30. Todestag Gustav Adolfs (6. Nov.) an die Kirche Schwedens gerichtet hat. Der Audienz wohnte

auch der deutsche Gesandte in Stockholm, von Rosen-berg, bei. Die Botenschaft erinnert an die vielfache Bemäherung des Zusammenhalts zwischen dem schwedischen und dem deutschen Protestantismus. König Gustaf dankte für die großartige Teilnahme Deutschlands an der schwedischen Feier. Die Großtat des unsterblichen Heldenkönigs habe in gleicher Weise den evangelischen Kirchen in Schweden und Deutschland Segen gebracht. Bei dem feierlichen Gedächtnisakt in der Riddarholms-Kirche in Stockholm am kommenden Sonntag wird Universitätsprofessor D. Wilhaus im Namen des Deutschen Kirchenbundes am Grabe Gustav Adolfs einen Kranz niederlegen.

Änderung der Wohlfahrts-erwerbslosen-fürsorge

Berlin, 4. Nov. In den nächsten Tagen wird, wie die DZJ meldet, eine neue Verordnung des Reichspräsidenten über Änderungen in der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge erscheinen. Diese Verordnung enthält die angekündigte Erhöhung des Reichszuschusses für die Gemeinden, die bisher einen Reichszuschuß im Monatsdurchschnitt von 60—85 Mill. Mark bekamen. Künftig soll dieser Betrag auf 75 Mill. M erhöht werden. Zugunsten der Landgemeinden, die im Winter eine besonders hohe Erwerbslosenziffer haben, ist außerdem eine Änderung des Verteilungsschlüssels vorgesehen. Besonders wichtig ist für die Gemeinden, daß vom 1. November bis 30. April kein Unterstufungsempfänger mehr aus der Krifenunterstützung ausgeschlossen werden soll. Es kann also keine Erhöhung der Wohlfahrts-erwerbslosenziffer eintreten, so daß die Gemeinden vor einer Steigerung ihrer Wohlfahrtslasten bewahrt bleiben. Die Reichsregierung glaubt, zu diesen Maßnahmen greifen zu können, weil sich herausgestellt hat, daß die Durchschnittsziffer der Erwerbslosen, die nach den Berechnungen vom Juni noch 5,9 Millionen betrug, gegenwärtig nur noch 5,53 Millionen beträgt.

Ausnahmen vom Versammlungsverbot

Berlin, 4. Nov. Gemäß dem sächsischen Erlaß ist heute eine Zusatzverordnung ergangen, durch die die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen ermächtigt werden, Ausnahmen von dem Verbot für solche öffentlichen politischen Versammlungen in geschlossenen Räumen zuzulassen, die der Vorbereitung von Wahlen zu öffentlichen Körperschaften (Gemeindevahlen) dienen, sofern diese Wahlen im Monat November 1932 stattfinden.

Verurteilung eines würt. kommunistischen Funktionärs

Leipzig, 4. Nov. Unter der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat und der Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung hatte sich am Freitag der 24jährige arbeitslose Mechaniker Alfred Seidel aus Stuttgart-Bohnang vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Im April 1932 nahm die Stuttgarter Postzeit auf Grund einer Anzeige in der eiterlichen Wohnung des Angeklagten eine Hausdurchsuchung vor. Hierbei wurden neben einer Anzahl Zerkleinerungen 97 Exemplare der kommunistischen Schrift „Der Feind steht im eigenen Land“ beschlagnahmt. Seidel wollte den Namen des Genossen nicht angeben, der ihm angeblich diese internationale Schrift mit

Jede Stimme zählt — darum wählt!



dem Auftrag der Verbreitung übergeben hatte, und machte auch in der Verhandlung vor dem Reichsgericht die widersprechendsten Angaben. Auf Grund der Beweisaufnahme und der Aussage eines Stuttgarter Kriminalkommissars, der die Hausdurchsuchung durchgeführt hatte, konnte Seidel überführt werden. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft.

Der französische Abrüstungsplan

Genf, 4. Nov. Vor dem Büro der Abrüstungskonferenz sprach heute vormittag der französische Kriegsminister Paul-Boncour über den französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan. Seine Ausführungen gingen über die Andeutungen Herriots in der französischen Kammer nicht hinaus. Ein endgültiges Urteil über den Plan sei erst möglich, wenn er schriftlich dem Büro eingereicht werde. Die Abrüstungskonferenz befindet sich in einer Krise; Frankreich wolle einen Weg zeigen, ihren Zusammenbruch zu vermeiden.

Was Herriot mitbrachte

Madrid, 4. Nov. Herriot und der spanische Minister des Äußeren Zulueta haben drei französisch-spanische Abkommen unterzeichnet, die sich ausschließlich mit Arbeitsfragen befassen. Die Abkommen bedürfen der Ratifizierung durch die Parlamente der beiden Länder, sowie der Registrierung beim Völkerbund, ehe sie Gültigkeit erlangen. Wie Zulueta Pressevertretern erklärte, hat Herriot ihm den französischen „konstruktiven“ Abrüstungsplan in aller Ausführlichkeit dargelegt. Die spanische Abordnung auf der Abrüstungskonferenz werde den französischen Abrüstungsplan unterstützen.

Unterredung mit Papen im Exelsior

Paris, 4. Nov. Reichskanzler v. Papen hat einem Berliner Mitarbeiter des Pariser „Exelsior“ auf verschiedene Fragen geantwortet. Der Reichskanzler gab seiner festen Hoffnung Ausdruck, die ihm gestellten Aufgaben durchführen zu können, andernfalls würde er nicht eine Sekunde länger an der Regierung bleiben. Bei der Gleichberechtigung handele es sich um das Recht, genau das gleiche tun zu können, wie die andere. Auf die Bemerkung seines Besuchers, die Reparationsstreikung sei vielleicht eine Notwendigkeit für Deutschland gewesen, die Gleichheit in der Rüstungsfrage aber materiell nicht denjenigen ernststen Charakter, erwiderte der Reichskanzler: Im Gegenteil, einen noch ernsteren! Zunächst haben wir Anspruch auf materielle Sicherheit. Abgesehen davon gibt es eine Frage der Selbstachtung. Der Besucher wies den Reichskanzler darauf hin, daß zwischen Paris und Berlin großes Mißtrauen herrsche. Der Reichskanzler erwiderte, mit Mißtrauen werde man niemals eine gute Politik treiben können. In Kaufman habe er mit Herriot eingehende freimütige Unterredungen gehabt. Herriot wisse, wie er (Papen) die Frage über das Problem der deutsch-französischen Beziehungen ansehe. Auf den „konstruktiven“ Plan Herriots einzugehen, lehnte der Reichskanzler mit dem Hinweis ab, daß er den Plan erst genau kennen müsse; vielleicht bilde er eine Grundlage für Verhandlungen.

Herriot auf dem Parteitag

Paris, 4. Nov. Auf dem Parteitag der Sozialradikalen (linksdemokratischen) Partei hielt Herriot gestern eine Rede, in der er erklärte, er werde niemals die Sicherheit von der Abrüstung trennen lassen. Nach dem Hoover-Plan würde die Rüstung nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl jedes Landes zu bemessen sein. Wenn also z. B. Deutschland ein Heer von 100 000 Mann hätte, würde Frankreich nur ein solches von 62 000 Mann haben. Das sei unmöglich. Frankreich habe 4 Jahre lang unter leidlichem Eindringen zu leiden gehabt; es hätte den Krieg auf fremdes Gebiet tragen können, aber es habe nach dem Sieg die Waffen niedergelegt. Die Tagung billigte schließlich die Politik der Regierung.

Ein britischer Abrüstungsvorschlag

London, 4. Nov. „Daily Mail“ berichtet: Bezüglich der Abrüstung in der Luft habe der Außenminister Simon persönlich folgende Vorschläge ausgearbeitet: Die Bomben- und Kampfflugzeuge aller Länder sind entweder ganz abzuschaffen oder sehr weit einzuschränken, aller Handelsluftverkehr wird einer internationalen Ueberwachung unterstellt; die Zahl der in privatem Besitz befindlichen Flugzeuge wird für jedes Land festgelegt. Das Blatt bemerkt: Gegenwärtig bestche im Kabinett keine volle Einigkeit. Es sei noch nicht sicher, ob der Plan Billigung finden werde.

Der Berliner Verkehrsstreit

Berlin, 4. Nov. Im Berliner Verkehrsstreit wurde gestern abend ein Schiedsspruch gefällt, nach dem der Manteltarif bis zum 31. März 1933 verlängert wird. Das Lohnabkommen wird verlängert mit der Maßgabe, daß ab 6. November bei den Löhnen sämtlicher Gruppen mit Ausnahme der der Fahrkartenausgeberinnen eine Kürzung von 2 Pfennig für die Stunde eintritt. Das Lohnabkommen ist mit monatlicher Frist kündbar. Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten den Schiedsspruch ab, während die VBG die Verbindlichkeits-erklärung des Schiedsspruchs beantragte. Der Schiedsspruch wurde vom Schlichter für verbindlich erklärt.

Da die Entscheidung am Freitag früh noch nicht allgemein bekannt war, ist die Arbeiterschaft noch nicht in den Bahnhöfen erschienen. Die VBG hat durch Säulenansatz den Vorlauf des Schiedsspruches bekanntgegeben und den Arbeitern eine Frist bis 2 Uhr nachmittags zum Erscheinen auf der Arbeitsstätte gesetzt. Von einer Stelle, die sich als zentrale Streikleitung der Verkehrsarbeiter bezeichnet, wurde gegen Mitternacht eine Erklärung veröffentlicht, daß sich an den Beschläffen der Streikleitung durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs nichts ändere; der Streik werde fortgesetzt.

Zusammenstöße

Vor einem Betriebsbahnhof in Berlin-Schöneberg kam es am Freitag morgen zu Zusammenrottungen streikender VBG-Arbeiter, die die Polizei auseinanderzutreiben versuchte. Die Beamten wurden lässlich angegriffen und derart bedroht, daß sie von ihrer Schutzweste Gebrauch machen mußten. Auch aus der Menge sollen Schüsse gefallen sein. Ein SA-Mann wurde tödlich, drei weitere schwer verletzt. Auch die Kommunisten hatten Verwundete, doch wurden diese von ihren Kameraden fortgeschafft.

Am Betriebsbahnhof der Straßenbahn in Teat waren am Freitag morgen die Schalthebel an den Maschinen der Oberleitung teilweise abgeschaltet und abgebrochen.

Die ersten Fahrten mit der Straßenbahn

Die von der VBG für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellte Frist bis heute nachmittag hatte zur Folge, daß sich schon im Lauf des Vormittags eine größere Menschenmenge vor den verschiedenen Betriebsbahnhöfen anammelte. Um 13 Uhr verließ der erste Wagen mit Richtung Hallesches Tor den Bahnhof. Neben dem Personal fuhr ein Aufseher und auf dem Vorder- und Hinterrand je ein Polizeibeamter mit. Weiter wurde die Straßenbahn von einem Streifenwagen der Polizei begleitet. Gleich nach der Ausfahrt wurde das Personal von der Menschenmenge beschimpft. In der Belle-Allianzstraße standen Tausende von Menschen, die von dem Betriebsbahnhof Kreuzberg abgedrängt waren. Hier sah man auch die ersten aus der Stadt zurückkehrenden Wagen mit eingeworfenen Fensterscheiben. Ueberall war die Polizei damit beschäftigt, die Menschenmassen auseinander zu treiben. Kurz nach 3.15 Uhr legten vorbereitete Steinwürfe gegenüber vorüberfahrenden Straßenbahnen auf dem Abschnitt der Gleisen—Gde Belle-Allianzstraße und der Kreuzbergstraße ein, sodaß die Polizei sich gezwungen sah, Schreckschüsse abzugeben. Auch die Polizeibeamten auf den Straßenbahnen zogen die Pistolen, um die Steinwerfer abzuschießen. Nachdem einige Haupttrüdelstörer zwangsgestell waren, wurde es ruhiger. Auf der Strecke mußten die Straßenbahnen wiederholt halten, da die Schienen und die Weichen durch eingeworfene Steine unbefahrbar gemacht worden waren. Zahlreiche Wagen fuhren mit eingeschlagenen Scheiben in das Depot am Kreuzberg zurück.

Die Funktionäre der Tariforganisation der Freien Gewerkschaften haben die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen, eine Versammlung der Streikenden hat jedoch die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Verschiedene Straßenbahnwagen und ein Autobus wurden beschossen, 8 Autobusse wurden so beschädigt, daß sie aus dem Verkehr gezogen werden mußten. Arbeitswilige haben sich 2500 (volle Schicht 5000) gemeldet, der Verkehr kann daher nur beschränkt durchgeführt werden.

Eine Kraftwagenkette der Polizei ist in der Vorbergstraße beschossen und mit Steinen bemornt worden. Daraufhin haben sie das Feuer erwidert. Ein Mann wurde hierbei getötet. Weiter wurde eine Frau verletzt.

Württemberg

Noch einmal „Was haben wir davon?“

Die Korrespondenz des Landw. Hauptverbands schreibt: Wirtschaftsminister Dr. Maier hat auf unsere Berichtigungen zu seinen Ausführungen in Weizheim über die Zinsereicherung der Reichsregierung einen Brief an den Präsidenten des Landw. Hauptverbands gerichtet. In diesem Brief wird dem Landw. Hauptverband der Vorwurf gemacht, daß er als „rein wirtschaftlicher Verband“ sich in den Wahlkampf gemischt und dabei „den Boden sachlicher Gewerung“ verlassen habe.

Demgegenüber stellen wir fest, daß wir uns in keiner Weise mit den parteipolitischen und wahlkaffischen Ausführungen von Dr. Maier befaßt haben, sondern daß wir ausschließlich sachliche Berichtigungen vorgenommen haben, an denen allerdings Dr. Maier in seiner Erwiderung fast völlig vorbeigeht. Die Frage, die Dr. Maier in den Vordergrund stellt, inwieweit die würt. Landwirtschaft gegenüber der des Ostens bei den Maßnahmen des Reichs ins Hintertreffen geraten sei, haben wir abschließend nicht berührt, da es sich hierbei um wahlkaffische Ausführungen handeln dürfte, in die wir uns als politisch neutraler Verband bemußt nicht einmischen wollen.

Dr. Maier behauptet, die Verschuldung der würt. Landwirtschaft sei „verhältnismäßig sehr gering“ gegenüber der gesamten deutschen Landwirtschaft. — Die würt. Landwirte seien „nicht hypothekarisch verschuldet“! Merkt denn Dr. Maier nicht, daß er mit solchen Behauptungen ja gerade eine Beoorzugung der Landwirtschaft im Osten bei den Maßnahmen des Reichs stützt. Dr. Maier schreibt weiter, daß die wichtigsten agrarischen Maßnahmen an unserem Land „fast vorbeigehen“! Das trifft nicht zu! Wie es auch nicht zutrifft, daß die würt. Landwirtschaft „mit dem Großgrundbesitz im Norden durch Dick und Dünn geht“, was zu beweisen uns keineswegs schwer fällt. Es ist auch sachlich völlig unbedrungen, daß Dr. Maier von neuem den Anschein erweckt, als sei die Landwirtschaft für Art und Umfang der Zinsereicherungsmaßnahmen verantwortlich. Die Landwirtschaft stand mit ihrer Forderung einer generellen Zinsentzung so ziemlich allein auf weiter Flur! Wo war damals die Stimme von Dr. Maier?

Wenn wir mit unseren Berichtigungen der Weizheimer Rede die Forderung vertreten, daß man auch im Wahlkampf den Verhältnissen in unserer Landwirtschaft einigermaßen sachlich gerecht werden soll, so galt das auch für andere Parteipolitiker. Vor allen Dingen galt es aber dem Wirtschaftsminister Dr. Maier. Weshalb wir mit dieser Forderung den „Boden der Objektivität und der Sachlichkeit verlassen“ haben sollen, ist uns unverständlich. Auch ein „rein wirtschaftlicher Verband“ muß das Recht haben, wahlkaffische Ausführungen besonders verantwortlicher Persönlichkeiten, die dem landw. Berufsstand Schaden zufügen können, richtigzustellen.

Stuttgart, 4. November.

Auszahlung der Dienstbezüge. Der Rest der voraussichtbaren Dienst- und Versorgungsbezüge für den Monat November wird am 19. ds. Mts. ausbezahlt.

Vom Landtag. Mit Beziehung auf das Unglück vom 29. Oktober in Altsfeld, wo drei Kinder in einem als Wohnung eingerichteten Eisenbahnwagen verbrannten, hat Abg. Oompper in einer kleinen Anfrage die Befreiung der alten Eisenbahnwagen als Wohnstätten und die Unterbringung der in Frage kommenden Familien in menschenwürdigen Wohnungen durch die Gemeinden im Zusammenwirken mit der Landestreditanstalt angeregt.

Aus dem Lande

Gebenweiler-Gehren. Am 4. Nov. Dachs im Hühnerstall. Hier schlich sich ein Dachs in den Hühnerstall des Landwirts Johann Würler ein und erwürgte 11 junge Hühner. Würler und seinem Sohn gelang es, den Dachs, der 22 Pfund wog, zu erschlagen.

Heilbronn, 4. Nov. Falchmünzgerwerkstatt im Wald ausgehoben. Bei einer Treibjagd im Schwäbinger Wald wurde in einer Lammekultur verlockt der Arbeitsplatz von Falchmünzger gefunden. Die Einrichtungsgegenstände, unter denen sich eine Feldschmiede samt den erforderlichen Rohstoffvorräten befand, stehen erkennen.

daß zahlreiche Versuche zur Herstellung von falschen Feinstmarmeladen gemacht worden waren. Einzelne Seide, allerdings in sehr schlechter Ausführung, waren noch vorhanden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen weiteren Arbeitsplatz des bereits im Juli wegen Münzverbrechens festgenommenen Schmieders Karl Langjahr und seines Sohns Eugen handelt. Beide sind inzwischen zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten verurteilt worden. Es besteht der dringende Verdacht, daß Langjahr die noch gut erhaltene Feldschmiede damals entwendet hat.

Vom untern Reich, 4. Nov. Fürstin von Leiningen gestorben. Fürstin Feodora zu Leiningen, ist nach schwerer Krankheit auf Schloß Waldleiningen verstorben.

Ellwangen, 4. Nov. 15 Jahre Zuchthaus für einen Räuber. Vor dem Schwurgericht hatte sich gestern der 26 J. a. verh. Hilfsarbeiter Georg Oberndorfer von Wallerstein, Bez.-Amt Nördlingen, wegen schweren Raubs zu verantworten. Der Angeklagte hat eine Reihe von Diebstählen und Raubüberfällen begangen und erhielt am 23. 7. 32 wegen dieser Taten vom erweiterten Schöffengericht Reuburg a. d. Donau eine Gesamt-Zuchthausstrafe von 7 Jahren. Am Freitag, den 5. Februar 1932 hatte der Angeklagte in einem Wald bei Bopfingen den 74 J. a. Landwirt und Anwalt Josef Lindacher von Hohenshohe Gde. Dorfmerktlingen Olt. Neresheim überfallen, durch Schläge auf den Kopf schwer verletzt und ihm die Brieftasche mit 190 Mark geraubt. Das Urteil lautete wegen eines Verbrechens des schweren Straßenraubs unter Einrechnung der früheren Strafe auf eine Gesamtstrafe von 15 Jahre Zuchthaus und 7 Jahren Ehrverlust.

Tübingen, 4. Nov. Von der Universität. Der Staatspräsident hat den Privatdozenten Regierungsrat o. D. Dr. Wilhelm Merk und Regierungsrat a. D. Dr. Oskar Lehnick an der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen für die Dauer der Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität die Dienstbezeichnung außerordentlicher Professor verliehen.

Tübingen, 4. Nov. Von der Universität. Der Direktor der hiesigen Universitätsbibliothek, Prof. Dr. Lezh, hat einen Ruf zur Uebernahme der Leitung der Universitätsbibliothek in Göttingen erhalten. Prof. Dr. Lezh hat sich um den Ausbau der Tübinger Universitätsbibliothek große Verdienste erworben.

Erfingen Olt. Reutlingen, 4. Nov. Die Kindsmörderin gesteht. Die vor einiger Zeit ins Reutlinger Amtsgericht wegen Verdachts des Kindsmords eingelieferte Erfingerin Einwohnerin hat ein Geständnis abgelegt.

Der Entscheidung entgegen!

Aus national-bürgerlichen Kreisen wird uns geschrieben: 1932 ist ein Wahljahr im reichsten Umfange dieses Vortages geworden. Erst Präsidentenwahl, dann fast überall Landtagswahlen, nun zweimal die Reichstagswahlen — alles das brachte Unfrieden und politischen Streit genug. Die Wahl vom 6. November wird zweifellos eine große Bedeutung haben. Es gibt zwar Leute, die meinen, auch der kommende Reichstag würde nicht alt werden, und man solle sich den Eifer für die übernächste Reichstagswahl aufsparen. Dieser Standpunkt mag sehr weise klingen, er ist aber falsch, weil er zu einer schwächeren Wahlbeteiligung der Vorwand sein könnte. Wir müssen einen Reichstag haben, der vor allem die Alleinherrschaft zweier einseitiger Parteien (Zentrum und Nationalsozialisten) ausschließt, weil das deutsche Volk der Parteivillüren müde ist. Wir brauchen einen Reichstag, der dem nationalen Willen deutlich Ausdruck gibt, der aber darauf verzichtet, der vom Reichspräsidenten von Hindenburg berufenen Regierung in den Arm zu fallen, wenn sie von Worten zu Taten übergegangen ist. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen dem früheren Kabinett Brüning und der jetzigen Regierung von Papen. Früher Bestimmtheit, leere Verheißungen, Verzögerungen und Verzögerungen. Jetzt ist der Versuch gemacht, mit frischer Kraft an die schweren Probleme heranzugehen, sie zu meistern, dem Volke wieder Mut zu machen und den Niedergang der Wirtschaft nicht durch neue Lasten, sondern Erleichterungen zu überwinden und neue Antriebe zur Besserung zu schaffen. Wunder kann niemand vollbringen, aber es wäre falsch, denjenigen Männern, die mit Tatkraft an ihre schwere Arbeit herangegangen sind und das Vertrauen unseres Hindenburg haben, jetzt mit parteipolitischen Tendenzen das Werk unmöglich zu machen. In Einzelheiten wird man gewiß auch hier verschiedener Meinung sein können, so vor allem in dem sozialpolitischen Teil der Rotverordnungen und in der Frage der Handelspolitik. Hier vertritt die Deutsche Volkspartei den Standpunkt, daß die Rentenkürzungen rückgängig gemacht werden müssen, und daß der deutsche Export nicht gefährdet werden darf, weil von ihm Millionen deutscher Arbeitskräfte leben. Im übrigen will die Deutsche Volkspartei, die durch ein Wahlabkommen mit den Deutschnationalen dafür sorgte, daß keine Stimme verlorengeht, die Fortführung eines festen geraden nationalen Kurzes zum Zwecke der Ueberwindung der Wirtschaftskrise und zur Durchführung der Reformen an unserer Verfassung und Verwaltung, die nun einmal notwendig sind, wenn die brüchigen Grundlagen des Weimarer Systems durch bessere Fundamente ersetzt werden sollen. Dieses Ziel darf nicht durch den Machthunger der Parteien in Frage gestellt werden.

Wie uns berichtet wird, steht die Deutsche Volkspartei mit guten Aussichten im Wahlkampf. Das ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß sie sich rühmen kann, die einzige Partei zu sein, die stets und unter allen Umständen hinter dem Reichspräsidenten von Hindenburg gestanden hat. Die Partei hat auch eine Reihe neuer Männer an ausschlagreichen Stellen an die Spitze ihrer Listen (Nr. 7) gestellt, so u. a. Vertreter von Kultur und Kirche (Professor D. Hefmann), Vertreter des Mittelstandes (Gärtnereibesitzer Schröder), Angehörige der Wehrmacht (General der Infanterie a. D. Ritter von Haack), Vertreter der Arbeitnehmerschaft (Bergmann Winnefeld). Die Jugend und die Frauen sind ebenfalls hervorragend beteiligt. Unter der Parole des nationalen Bürgerturns und in der Gefolgschaft Hindenburgs will die Deutsche Volkspartei ihre nationalen und liberalen Grundzüge auch weiter verteidigen. Sie hatte die Schaffung eines großen nationalen Wahlbundes aller für das Regierungsprogramm eintretenden Parteien und Gruppen befürwortet. Dieser Vorschlag ist leider an anderen Parteien gescheitert, so daß die Deutsche Volkspartei von sich sagen kann, auch in dieser Frage alles für die nationale Sache Erforderliche rechtzeitig getan zu haben.

Aus Stadt und Land

Magd., den 5. November 1932.

Wer da sagt: „Das Volk ist für die Freiheit nicht reif“, verlangt, daß das Kind auf dem Afer schwimmen lerne.

Zur Reichstagswahl

Abgelehnt wird in Magd., Altensteig, Ehausen, Hatterbach und Wildberg von vorn 9 Uhr bis nachm. 6 Uhr; in den übrigen Bezirksgemeinden von vorn. 11 bis nachm. 5 Uhr. In Magd. wird gewählt: A-K im Rathaus, V-Z im alten Knabenschulhaus; in Altensteig: die Wähler links der Magd. im Rathaus, die rechts der Magd. im unteren Schulhaus.

Die Polizei meldet

Daß von linksradikaler Seite die Häuser der Stadt mit Papieren nichtliderrweise besetzt werden und warnend eindringlich vor dieser Substanz.

Bezirksrat Magd.

Aus der Sitzung vom 3. November 1932: Die Beschwerde des Landwirts Friedr. Aug. Weil in Wildberg gegen eine Verfügung der Ortspolizeibehörde daselbst, wonach anlässlich des Umbaus der Eitelstraßenstraße die Entfernung der vor Gebäude Nr. 189 befindlichen, in die ohnedies schmale Fahrbahn hereinragenden, als ein gefährliches Verkehrshindernis bildenden Düngrittdügel angeordnet worden ist, wurde als unbegründet abgewiesen. Die Einwendungen des Beschwerdeführers müßten hinter den überwiegenden Interessen des öffentlichen Straßenvorkehrs und der Sicherheitspolizei zurücktreten. Es wurde jedoch vom Bezirksrat beschlossen, dem Gemeinderat dringend nahezu legen, den Aufwand für Schaffung eines besonderen Ausganges aus Gebäude 189 zur neuen Düngrittdügel auf die Stadtgemeinde Wildberg zu übernehmen und dem Beschwerdeführer zum Ausgleich der aus Verlegung der Düngrittdügel erwachsenden Unannehmlichkeiten für dessen landwirtschaftlichen Betrieb eine angemessene kleinere Entschädigung zu gewähren.

Die Ausübung der Wirtschaftserlaubnis des Ochsenwirts Richard Engelhard in Hatterbach auf ein weiteres Zimmer im Erdgeschoß des Gebäudes Nr. 68 daselbst wurde genehmigt, ebenso die Ausübung des dinglichen Schankwirtschaftsrechts zum Jägerhof in Wildberg durch den Wächter Alois Sackel daselbst. Ferner erhielt Küfermeister Friedrich Sackmann in Euztal die Erlaubnis zum Branntweinhandel. Der nunmehrige Unternehmer der Kraftfahrline Magd.-Halsgraben, Walter Koch in Magd., beabsichtigt, diese Linie über Dürweiler-Sergowweiler-Hallwangen-Nach nach Dresdenstadt zu verlängern. Der Bezirksrat beschloß, dieses Geschäft insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt zu begünstigen, daß davon wahrscheinlich eine weitere Belebung der bisherigen Linie Magd.-Halsgrabenweiler erwartet werden darf. Für die ab 1. November wieder eingerichteten besonderen Fahrten zur Arbeiterbeförderung auf der Kraftfahrline Magd.-Halsgraben übernimmt die Amtspolizei bisher die Zuführung zur Bedienung eines etwaigen Betriebsabmangels unter Rückgriff auf die Stadtgemeinde Hatterbach. Als Amtspolizeibehörden sind auf der Strecke Ehausen wurde nunmehr der Bewerber und bisherige Stellvertreter Bernh. Zieffe von dort vorgeschlagen.

Aufruf

des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Verbandes württ. Gewerbetreibender und Handwerkervereinigungen in Württemberg zur Reichstagswahl

Die bevorstehende Reichstagswahl ist für die Angehörigen des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes von besonderer Bedeutung, geht es doch darum, die fühnende Wirtschaftsklasse und die furchtbare Gefahr der Arbeitslosigkeit zu befeitigen. Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung ist aber, daß die Klassenunterschiede im Volk überwunden und der Gedanke vorangestellt wird, daß alle Schichten der Bevölkerung aufeinander angewiesen sind.

Von den Angehörigen des Handwerks und gewerblichen Mittelstandes in Württemberg wird daher erwartet:

1. Daß sie angesichts der schweren und ernsten Zeitlage unter allen Umständen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen; die vollen Entschlüsse im Laufe der Jahre dürfen keinesfalls dazu führen, verzögert beiseite zu schieben, und dadurch der immer wiederkehrenden Meinung Ausdruck zu geben: „Es ist doch alles keinen Wert mehr“. Am 6. November gilt es mehr denn je, durchdrungen zu sein von der unbedingten Notwendigkeit, seine staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen.
2. Daß die Wahlentscheidungen nicht unterläßt werden.
3. Daß die Stimmen von Handwerk und Gewerbe nur den bürgerlichen Parteien zugeführt werden, die aus dem Vorden der freien Privatwirtschaft leben und sich auch in der Tat dafür einsetzen, daß der so schwer um seine Existenz ringende und mit Steuern aller Art überlastete gewerbliche Mittelstand aus nationalen Gründen die erforderliche Berücksichtigung in der Gesetzgebung erfährt, und außerdem die seit Jahren erhobene Forderung erfüllen, daß dem handwerklichen Berufsstand ein Vertrauensmann innerhalb der Reichsregierung zugehandelt wird.
4. Daß die Wahlvorschläge auch insbesondere darauf hin angelegt werden, wo Namen vom Handwerk und gewerblichen Mittelstand an ausführender Stelle stehen.

Staat und Wirtschaft können nur gedeihen, wenn Ordnung und Ruhe gewährleistet sind, damit das so notwendige Vertrauen wieder eintreten kann.

Dazu beizutragen ist eine vornehmliche Aufgabe von Handwerk und Gewerbe und deshalb gilt es:

Sozialdemokratische Versammlung

Es wird uns geschrieben: Leider konnte der Gauvorsitzende des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten, Verw.-Oberstleutnant R. J. Metzger-Stuttgart aus beruflichen Gründen nicht erscheinen, weshalb die Parteileitung einen Reichsanwalt Frey (Arbeitslocher) sandte, den Stadtrat J. G. um 1/2 9 Uhr gestern abend im „Goldenen Adler“ der Versammlung vorstellte. Der Referent — zur Jugendgarde der SPD. zählend — dem man einen ehrlichen Idealismus nicht absprechen kann, verdrückte sich in mehr als Mündigen, nach seiner Ansicht für die Arbeiterklasse wohl nicht rosig, doch auch nicht hoffnungslos sei! In den Vorverhandlungen und dem Abwägen der Sozialpolitik ausgehend, streifte er alle möglichen Gebiete. Die „Freunde“ zur Linken und die Faschisten zur Rechten

wurden ordentlich aufs Korn genommen. Papen bekam natürlich auch seinen „Teil“, besonders die Steuergutscheine haben es dem Redner angetan, zu fragen, was mit den Scheinen eigentlich wird, wenn die Krise andauere. Die Außenpolitik bedeutet Drohschlag der Ausfuhr und daher weiteres Elend für die Arbeiterklasse. In der Innenpolitik Kaufkraftverfälschung — bei vollen Scheunen und großen Kohlenhäufen — eine „gottgewollte“ Politik sei die Papenpolitik. Auf der einen Seite würde die Stillschließung durch eine unsoziale Wohnungswirtschaft gefährdet, andererseits wird die deutsche Seite durch Badhofen-Vorfälle „gefördert“! — Gegen eine solche Art „Wirtschaft“ und „Politik“ gebe es nur eine Rettung: die Planwirtschaft, die von der Allgemeinheit ausgehe und auch fürs gesamte Volk genützt sei. Monopole und Prämienanleihen müßten ebenso gut durchführbar sein, wie einst die Zeichnung Milliarden von Kriegsanleihen! In Thüringen — dem armen deutschen Land mit den Elendsverhältnissen der Spielwaren-Feinarbeiter — hätte man aber für die Härten noch Geld für Aufwertung übrig! Aus den übergroßen Einnahmen, die gefertigt werden müßten, könnte man rund 2 Milliarden ersparen und diesen Betrag zur Hebung der Kaufkraft verwenden, das wäre viel besser, als durch Vohndruckerie bei der Arbeiterkraft die Krise noch zu verschärfen. Wir müßten endlich aus der Krise heraus und nicht wieder in eine solche hineinkommen. Kohlen, Zement, Kali usw. müßten verstaatlicht werden und besonders ein Bankaufsichtsausschuss geschaffen werden! — Auf eine Weltrevolution zu warten, wie die Kommunisten, wäre Anstöß! Zum Schluß rechnete Redner nochmals mit den Kommunisten ab, denen er — unter Zitiern von Trotski — Grundlosigkeit vorwarf, während die National-Sozialisten — unter Bezugnahme auf den „Voll. Beobachter“ und Otto Straßer — die Note „Charakterlosigkeit“ ins Stammbuch bekamen. Wir wollen keine Anarchie und keinen Krieg; weil beides nur auf dem Rücken der arbeitenden Klasse ausgefochten wird. Siehe Weltkrieg und Dant des Vaterlandes für die Kriegsgespielen! Immer soll das Äußerste schuld sein, das Weimarer besonders, aber England, Amerika und Italien hätten keine Verfassung von Weimar und doch sei es dort auch nicht besser, wie bei uns. Bei Italien vermesse man immer, daß es ein mehr agrarisches Land sei, bei dem die Arbeitslosigkeit naturgemäß nicht so ins Gewicht falle und in Frankreich gebe es 60 Prozent Kurzarbeiter und 20 Prozent Arbeitslose. — Zum Schluß entließ der Redner den Altmeister der Sozialdemokratie — Bebel — der Vergangenheit und erinnerte an dessen Prophezeiung im alten Reichstag. Als dieser einst von dem „Kladderadatsch“ und dem großen Völkerring sprach, war großes Gelächter auf der Rechten, die damals meinte: „Nach jedem Krieg würde es besser“. — Bismarck, der „eiserne Kanzler“ hätte von 1878/90 die alte SPD. mit allen staatlichen Machtmitteln bekämpft, aber trotzdem hätte sich die Sozialdemokratie nicht untergraben lassen und würde — trotz Adolf Hitler — auf dem Posten bleiben, wenn die Arbeiterklasse wieder zur Besinnung käme und zusammenrücken würde! Mit einem fröhlichen Mahnruf, am Sonntag nur Liste 2 zu wählen und außerdem Sozialisten der Tat zu werden, schloß der Redner seine kraftvollen mit hartem Beifall ausgenommenen Darlegungen, denen Stadtrat Walz noch einige anerkennende, anfeuernde Worte widmete. Stadtrat J. G. beschloß die Versammlung gegen 11 Uhr.

Deutschnationale (Bürger-) Partei

Es wird uns geschrieben: Im „Löwen“ in Hatterbach sprach heute vor einer gut besuchten Versammlung der Deutschnationalen (Bürger-) Partei, Kaufmann Pfeuffer nach den einleitenden Worten des Versammlungsleiters G. T. Kuntz über den Sinn der Wahlen am 6. November. Der Redner ging davon aus, daß bei der ungenügenden Anzahl der auch dieses Mal wieder in Erscheinung tretenden politischen Parteien sich erst recht die Notwendigkeit zeige, für Deutschland eine autoritäre oder sogar Präsidial-Regierung zu führen, da nur dann die Gewähr dafür gegeben sei, daß die in einem großen Staate vorhandenen Interessen-Gegegensätze der einzelne Berufs- und Standesgruppen gerecht abgewogen werden. Daß die Deutschnationale (Bürger-) Partei den Kurs der von Hindenburg bezeugenen Regierung unterstütze, bedeute keineswegs, daß sie mit allen Handlungen und Maßnahmen dieser Regierung einverstanden sei. Aber immerhin zeige die ganzen Richtlinien dieser Regierung, daß es ihr vor allem darauf ankomme, den Mittelstand und die Landwirtschaft auf alle nur mögliche Weise zu stützen, und dabei die Interessen der Arbeiter nicht zu vergessen, da dies die Voraussetzung für ein wieder gesundes Deutschland überhaupt sei. Weiterhin sprach der Vortragende in sachlicher Weise, daß der Nationalsozialismus seine Grundzüge in wichtigen Punkten verraten habe, nämlich in seiner Auffassung gegenüber dem Parlamentarismus und in seiner Zusammenarbeit mit dem Zentrum, das ursprünglich gerade von dieser Stelle aus nicht laut genug als der Feind einer nationalen Entwicklung bezeichnet worden ist. Wenn Hitler heute gegen die Regierung Papen hege und von einer Herrschaft, die in uns regiere, spreche, so beweise er damit unüberleglich, daß er in die Fußstapfen gerade des Marxismus eingetreten sei, den er vor dem 13. August mit aller Energie zu lämpfen vorgegeben habe, weil er die Klagengegensätze in Deutschland erst hervorgehoben und vertieft habe. Es zeige sich nun, so führte der Redner aus, daß für den Nationalsozialismus heute das höchste Ziel nicht das Wohl Deutschlands, sondern die Herrschaft der Partei sei. Das zeige sich u. a. darin, daß zum Zwecke der Sabotage gegen die Regierung sogar Streikgemeinschaft mit den Kommunisten in Berlin hergestellt worden sei. Demgegenüber gelte für die Deutschnationale (Bürger-) Partei nach wie vor der Grundsatz: nichts für uns, alles für Deutschland“ im Sinne einer christlichen Auffassung vom Staatswesen und mit dem Ziele einer maßvollen starken Regierung, die uneingeschränkt für alle Glieder des Volkes in gleicher Weise ernsthaft besorgt ist. Die Parole am 6. November könne daher für den, der von den bisherigen Parteien und insbesondere auch von der linken Entwicklung der Hitlerpartei enttäuscht sei, nichts anderes lauten als: „Geht Eure Stimme der Liste 5, der bewußten und keine Konzeptionen machenden Deutschnationalen (Bürger-) Partei.“ Die Ausführungen des Redners fanden ungeteilten Beifall und nach lebhafter Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Wahlkundgebung der NSDAP.

Es wird uns geschrieben: Wie schon in der gestrigen Ausgabe des „Gesellschafter“ durch Anzeige bekanntgegeben wurde, findet heute abend 8 Uhr im Löwenaal die letzte Wahlversammlung der NSDAP. statt. Landtagsabgeordneter H. B. Käner, der in diesem Wahlkampf bereits in 24 Städten und Orten unseres Schwabenlandes Vorträge gehalten hat, wird dabei als Hauptredner auftreten und über die misglückten Anfortelungsverläufe des Herrenklub-Kabinetts sprechen. Insbesondere wird er sich mit Papens Arbeitsbeschaffungsprogramm, der Prämie für Neueinstellungen und den Steuergutscheinen befassen, und dabei den neulichen Vortrag des Herrn Bürgermeister Mater, Magd. einer kritischen Betrachtung unterziehen. Weiter wird er darüber sprechen, warum die NSDAP. das Kabinett Papen bekämpft und den Weg zeigen, der gegangen werden muß, um die Wirtschaft wirklich anzukurbeln, um den deutschen Volk Arbeit und Brot zu geben. Auch über die Landtagsverhandlungen wird unser H. B. Käner eingehend berichten. Besonders bedeutungsvoll und interessant wird der Abend dadurch, daß unser Führer Adolf Hitler und Reichstagspräsident Goering in Tonfilm sprechen werden. Wir haben nochmals herzlich zu der Kundgebung ein und machen darauf aufmerksam, daß Arbeitslose, Mitglieder des Arbeitslagers und Kleinrentner freien Eintritt haben.

Tonfilmtheater

„Kadetten“. Draußen vor den Toren Berlins liegt ein ziegelroter Bau. — Die Kadettenanstalt. — Dort reist der Nachwuchs des preussischen Offizierkorps in harter Schule heran. Der Kadett Rudolf von Seddin paßt eigentlich gar nicht hierher. Er ist weich, verträumt, seine Neigung gilt dem musikalischen Schaffen. Sehr zum Kummer des Vaters, der kommandierende General ist. Rudolf liebt und achtet seinen Vater. An seiner jungen schönen Stiefmutter jedoch hängt er mit geradem Schwärmerischer Verehrung. Heute abend aber, beim Kadettenball, will Rudolf seinem Vater eine Freude machen. Er hat wirklich einen Marsch komponiert — die Militärkapelle hat ihn schon heimlich eingeübt. — und plötzlich schmettert es los, daß die Schulkameraden, die Fische den Last stampfen. — Der Vater, dem der Marsch gewidmet ist, strahlt in Freude und Rührung. Siedend heiß durchtobt es plötzlich den Jungen. — alle Freude ist dahin. Sollte es möglich sein!? Seines Vaters junge Frau. — für ihn den Inbegriff liebenswerter Reinheit. — beschmüht durch einen Rittmeister. In der Kadettenanstalt würgt es in ihm weiter. — Es hält ihn nicht mehr, seine erhebt er sich, kleidet sich an, schleicht hinaus über den Hof, über die Mauer. An der Haustür des Rittmeisters von Malzahn geht heftig die Glocke. — und dann steht Rudolf vor dem Vorgesetzten. Leichenblau, aber entschlossen, Drohend fordert er das Ehrenwort, die Mutter künftig in Frieden zu lassen. Am folgenden Morgen melbet man dem Anstaltskommandeur: „Rittmeister von Malzahn liegt erschossen in seiner Wohnung.“ Der Barsche hat ausgesagt, daß Rudolf Seddin in der Nacht bei dem Rittmeister gewesen und er offenbar der Täter gewesen sein muß. Eine Stunde darauf ist Rudolf in Untersuchungshaft. Er bestreitet die Tat, aber hartnäckig verweigert er, was ihn ohne Nachurlaub in des Vorgesetzten Wohnung getrieben hat. Bei der Gerichtsverhandlung schweigt Rudolf weiter. Nur durch einen Zufall kommt die Wahrheit in einem aufrüttelnden Befehl der Ereignisse zu ihrem Recht, formt sich das dramatische Geschehen dieser geheimnisvollen Nacht zu einem Erlebnis von einer nie dagewesenen Macht und Spannung.

Wildberg, 4. Nov. Unfall. Am Dienstag fuhr ein Lastauto, das einen Schlepper überholen wollte und dessen Fahrer dabei scheinbar die Herrschaft über seinen Wagen verlor, auf einen Baum auf. Das Auto wurde stark beschädigt und mußte abgeschrieben werden.

Unterstaßheim, 4. Nov. Der älteste Bürger gestorben. Der letzte Gang galt unterem ältesten Bürger, Norbert Wehling, der an seinem Beerdigungstag, am letzten Donnerstags, sein 85. Lebensjahr vollendet hätte. Das schreckliche Trauergefolge zeigte, daß mit ihm ein geachteter Mann zu Grabe getragen wurde. Vor wenigen Jahren konnte der Verstorbene noch mit seiner im Februar 1931 verstorbenen Gattin Veronika geb. Singer, sein goldenes Ehejubiläum feiern.

Calw, 4. Nov. Besitzwechsel. Wie wir erfahren, ist vor einiger Zeit das Haus von Kaufmann Paul K. K. K. in Calw, Marktplatz und Kronengasse in Calw, durch Kauf wieder in Besitz von Frau Mesger-Röh m übergegangen.

Calw, 4. Nov. Erkrankung. Der frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete Wilhelm Dingler (NSD.) ist schwer erkrankt und befindet sich im hiesigen Krankenhaus.

Freudenstadt, 4. Nov. Unfälle. Am Mittwoch ereignete sich auf der Murgalstraße oberhalb des Gasthauses zum „Schiff“ ein schwerer Unfall. An dem mit Grünfahnen beladenen Wagen des Friedrich Trüb von Baiersbrunn-Bahnhof löste sich ein Rad und sprang auf der heißen Straße ab. Das Pferd scheute und riß das Fuhrwerk noch eine Strecke fort, bis der Wagen zusammenbrach. Der Fuhrmann konnte sich nicht vorher in Sicherheit bringen und wurde schwer verletzt. — Am gleichen Nachmittag kam bei Kach ein Fuhrmann, der Eisenhaken aus einem Langholzwagen führte, durch Bruch des Wagens in Not. — Leicht hätte es einem Radfahrer, der auf der gleichen Strecke einem Auto zu dicht folgte, schlimm ergehen können. Der Kraftwagen mußte wegen eines vorausfahrenden Langholzwagens schnell halten. Der Radfahrer, der sich in harter Fahrt befand, konnte nicht ebenso schnell halten und fuhr auf das Auto auf, ohne aber Schaden zu nehmen.

BIOX-ULTRA - die sparsame deutsche ZAHNPASTA
 Mit einer kleinen Tube zu 50 Pf. können Sie mehr als 100 x Ihre Zähne putzen, weil BIOX-ULTRA hochkonzentriert ist und als hart wirkt.

Letzte Nachrichten

8 Autobusse demoliert.

Berlin, 4. Nov. Von den 10 Autobussen, die im Laufe des Nachmittags in den Betrieb gesetzt wurden, sind etwa eine Stunde nach Inbetriebnahme 8 Wagen von Streitenden so demoliert worden, daß sie aus dem Verkehr gezogen werden mußten. Der neue Autobus wurde auf dem Kaiser Wilhelmplatz in Schöneberg mehrfach beschossen.

Großer Schmugglertransport abgefangen.

Duisburg, 5. Nov. Zwei Beamte der Düsseldorf Zollsahndungsstelle brachten gestern einen verdächtigen holländischen Lastkraftwagen zum Halten. Dem Fahrer des Wagens gelang es, zu entkommen. Auf dem Wagen befanden sich 22 Zentner Tabak und 65 000 Zigaretten.

Im griechischen Erdbebengebiet Quellen versiegt

Athen, 4. Nov. Alle Quellen in der Gegend von Streatonik auf Chalkidiki sind seit gestern plötzlich versiegt. Dies neue Unglück ist offenbar auf die mannigfachen Beben der letzten Tage zurückzuführen. Die Bevölkerung fordert schleunige Versorgung mit frischem Wasser.

5 italienische Flugzeuge verbrannt.

Venedig, 4. Nov. Aus noch unbekannter Ursache brach heute nacht im Flughafen der mittelländischen Fluggesellschaft am Vido von Venedig Feuer aus, das einen Schuppen vollständig vernichtete, in dem sich 5 einmotorige Jüngersapparate zur Reparatur befanden. Ein anderer Schuppen, der als Reparaturwerkstatt für Motoren dient, wurde schwer beschädigt.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Samsstag, 5. November:
 6.35: Bomburger Dolmetscher. 8.15: Wetterbericht, Nachrichten, Genuß. 8.45: Konzert. 10.00: Kleines. 10.40: Einzug. 11.30: Hofkassette. 12.00: Der reise Geld (Singpiel). 12.30: Kleines. 13.00: Schallplatten. 14.30: Stunde des Landwirts. 15.00: Kleines. 16.00: Schallplatten. 16.40: Vortrag: Wir Frauen und unsere Taten. 17.00: Romanische. 17.40: Kleines. 18.40: Spielespiel. 19.00: Konzert. 20.00: Kleines. 21.00: Kleines. 22.00: Kleines. 23.00: Kleines. 24.00: Kleines. 25.00: Kleines. 26.00: Kleines. 27.00: Kleines. 28.00: Kleines. 29.00: Kleines. 30.00: Kleines.

Handel und Verkehr

Berliner Pfundkurs, 4. Nov. 13,83 G., 13,87 B.
Berliner Dollarkurs, 4. Nov. 4,209 G., 4,217 B.
 Dt. Wbl.-Kf. 31, ohne Ausl. 6,20
 Privatdiskont 3,875 v. H. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 4. Nov. Grundpreis 40,60 RM. d. St.
Handelsvertragsverhandlungen Englands. Nachdem das englische Parlament die Zollabkommen von Ottawa endgültig angenommen hat, wird die Regierung mit Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen und Argentinien in Verhandlungen über neue Richtlinien für den Handel eintreten.

Produktionsgenossenschaft übernimmt eine älteste Seidenweberei. Ein Teil der seit Jahren stillgelegten Seidenweberei in Waldeck bei Gießen (Niederrhein), die zu den Vereinigten Seidenwebereien AG. in Krefeld gehört, ist von einer Produktionsgenossenschaft früherer Werksangehöriger als GmbH. pachweise übernommen worden. Der Betrieb wird vorläufig nur in beschränktem Umfang geführt. Arbeitszeiten und bestimmte Löhne und Gehälter sind nicht vereinbart, sie richten sich nach dem Beschäftigungsgrad und dem Gewinn der Produktionsgenossenschaft. — Eine ähnliche Produktionsgenossenschaft für Spinn-Weberei hat kürzlich in Ratingen in derselben Gegend gebildet.

Deutsches Eisenbahnmateriel gegen bulgarischen Tabak. Eine große deutsche Industriegruppe verhandelt zurzeit mit der bulgarischen Eisenbahn bzw. Regierung wegen Lieferung von Eisenbahnmateriel aller Art im Betrag von etwa 700 Mill. Rma (20 Mill. RM.), wogegen in der Hauptfache bulgarischer Tabak aller Grade, der sich im Besitz der staatlichen Vöndwirtschaftsbank befindet, geliefert werden soll. Die zu übernehmende Tabakmenge hat angeblich einen Wert von 500-600 Mill. Rma. Als Abnehmer für den Tabak kommt der Neemisma-Neueburg-Konzern in Frage.

Herabgesetzte Gebühren für Fahrradaufbewahrung. Das Monatsabonnemnt für die Einstellung von Fahrrädern bei den Gepäckaufbewahrungsstellen der Reichsbahn ist vom 1. November an

von vier auf zwei Mark, das Wochenabonnemnt von einer Mark auf 50 Pfennig ermäßigt worden. Das gilt künftig auch für Inhaber von Reich- und Bezirkskarten, von Bezirksteilmonatskarten, sowie von Kurzarbeitermonatskarten (bisher nur für die Inhaber von Monats-, Schülermonats-, Teilmonats- und Arbeiterwochenkarten).

Die Gebr. Stollwerck AG., Köln, verzeichnet für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr einen Reingewinn von 251 620 RM., der vorgetragen wird.

Der kaufmännische Stellenmarkt vorläufig noch im Beschränkungszustand. Nach den Beobachtungen der kaufmännischen Stellenvermittlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands hat die in der ersten Septemberhälfte sich anbahnende optimistischere Auffassung der Wirtschaftslage bisher noch keinen nennenswerten Umschwung eingeleitet. Die Entlastung des kaufmännischen Stellenmarktes im Oktober bleibt gering. Die Lage ist im allgemeinen zwar nicht mehr ganz so hoffnungslos wie in den Sommermonaten, sie ist jedoch noch weit entfernt von einer wirklich durchgreifenden Besserung.

Neueinstellungen. Im Ruhrbergbau sind im Zeitraum vom 16. September bis 1. November mehr als 6000 Arbeiter neu eingestellt worden.

Märkte

Viehpreise. Bietheim, Rinder 85-230, fetter Schlachtrinder 174-265, Kalbinnen 225-342, Rube mit Kalb 245-382. — **Hall:** Ochsen 400, Rube 90-195, Jungvieh 85-325. — **Herbertingen:** Farenen 300-420, Ochsen 280-400, Kalb 320-480, Jungrinder 80-200, Rube 100-480. — **Wurzach:** Jungrinder 90-180, trüchtige Kalbinnen 220-310 Mark.

Schweinepreise. Creglingen: Milchschweine 9-18. — **Herbertingen:** Ferkel 14-18, Mutterchweine 95-110. — **Gaildorf:** Milchschweine 9-15. — **Rüdingen:** Milchschweine 12-19, Läufer 35. — **Schönbürg:** Milchschweine 10-13. — **Spaldingen:** Milchschweine 9-14. — **Sulzbach:** Milchschweine 12-16. — **Winnenden:** Milchschweine 13-20, Läufer 35-40.

Vieh- und Pferdemarkt Bretten, 4. Nov. Angetrieben wurden: 6 Stiere, 3 gewöhnliche Ochsen, 99 Rube, 73 Rinder einzeln, Kalbinnen, und 26 Kälber. Es kosteten: Stiere 135-190, gewöhnliche Ochsen 280-400, Milchfüße 200-300, Jungfüße 320 bis 420, Kalbinnen trüchtig 250-350, Jungrinder 100-170 M., Kälber Lebendgewicht Pfd. 35-38 S. Handel lebhaft bei festen Preisen.

Fruchtpreise. Winnenden: Weizen 10,20-10,60, Haber 6,20 bis 6,80, Dinkel 8-8,40 Mark d. Ztr. — **Landwehr 11 Wg. d. St. Landwucher 1,20 Mark d. Ztr.** — **Kulendorf:** Gerste 8,20 bis 8,60. — **Krach:** Dinkel 8,20-9, Gerste 8-9,60, Haber 6,20 bis 6,90, Weizen 10-11,50, Roggen 9-9,50, Mischling 8,50-9, Linen 11-14, Kernen 10,80 Mark.

Obstpreise. Winnenden: Rostobst 4,50-6, Tafelobst 10-12, Datteln 5-6 Mark der Ztr.

Gute Zuckerrübenerte. In fünf Ablieferungslagen wurden in Talheim im M. Heilbronn 6160 Doppelzinner Zuckerrüben abgeliefert. Infolge des guten diesjährigen Ertrags liegen noch viele Rüben am Ort, die die Landwirte infolge des herabgesetzten Preises für Weichrüben selbst zu verwenden suchen müssen.

Holzverkäufe in württ. Staatswaldungen. Nach den Mitteilungen der Forstdirektion über die bei Holzverkäufen aus württ. Staatswaldungen erzielten Erlöse wurden für Nichten und Tannen im Oktober d. J. 39,7 Proz. für Fichten und Lärchen 46,2 Prozent der Landesgrundpreise erzielt. Die Preise für Laubstammholz betragen 75-90 Proz., die für Nadelholzstämme 45 bis 65 Proz. für Brennholz wurden im Monat Oktober Preise zwischen 45-55 Proz. erzielt.

Das Wetter

Infolge südlichen Hochdrucks ist für Sonntag und Montag mehrschon heißeres und vorwiegend trockenes, wenn auch noch nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Weber STUMPEN

bald ein Jahrhundert auf dem Markt
auch heute meistgeraucht

Kümmern Sie sich um ungelegte Eier!

Falsch ernährte Hennen legen nicht Füttern Sie deshalb

Muskator

Das Geflügelfutter in richtiger Zusammensetzung

Bergisches Kraftfutterwerk G.m.b.H. Düsseldorf-Hofen

Sämtliche Muskator-Erzeugnisse zu haben bei **Hans Wolfrum, Groß- und Kleinhandlung Glatten b. Freudenstadt.**

Amtliche Bekanntmachung
Viehzählung am 1. Dezember 1932
 Am 1. Dezember d. J. werden nach der Verordnung d. S. Wirtschaftsministeriums vom 31. Okt. 1932 (Staatsanzeiger Nr. 257) wie alljährlich Pferde, Gel (auch Manufaktur und Kautschuk), Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner, jedoch ohne Truth- und Perlhühner) und Bienenstöcke gezählt.
 Die Bürgermeisterämter, deren Aufgabe die Durchführung der Viehzählung ist, werden auf die obengenannte Verordnung hingewiesen. Die Fristen sind genau einzuhalten. Die erforderlichen Vordrucke gehen den Gemeindebehörden zu.
 Nagold, den 3. Nov. 1932
 Oberamt: Saitingen.

Wähler u. Wählerinnen

Wählt den Mann, der die Not des schwäbischen Volkes kennt
 Wählt den Mann der Tat, der bewiesen hat, das er etwas fertig bringt
 Wählt den freien, unabhängigen Mann
 Wählt **Wirtschaftsminister Dr. Maier**

Liste 8

Nagold 1265

Viehverkauf

Kommenden Montag, von morgens 8 Uhr ab haben wir einen großen Transport schöne

Zucht- und Einstellrind

in unseren Stallungen in Nagold zum Verkauf stehen wozu wir Kauf- und Zuschliebhaber einladen.

Friedrich Kahn & Max Lassap

Lesen Sie das neue Heft

Preis 50 Pf.

LUSTIGE BLÄTTER

zu beziehen durch:
 G. W. ZAISER, Buchhandlung, NAGOLD.

Zwangsoversteigerung
 Es werden öffentl. meistbietend gegen bar versteigert Montag, 7. Nov., vorm. 10 Uhr, **Wiltberg** 3 Fässer mit Most, auf ca. 1000 Liter. Zusammenkunft beim Rathaus. Die Versteigerung findet bestimmt statt.
 Gerichtsvollzieherstelle Nagold.

Ortsgruppe Nagold
 W. Schürzger, Verein
Nachmittagswanderung nach Bernau
 erst am 13. November.
 Vorstand.

Die moderne **Haar-pflege** besorgt **E. HELBLING**

Eelten günstige **Kapitalanlage**
 bietet die Beteiligung an Drahtrohren-Fabrikgrube mit Werkstoffabrik. Preis pro Anteil RM. 300.— Hohe Gewinnchancen. Anfr. be erdet unter Nr. 587 Bernau, Post a. R.

Nagold
 Etwa eine 87 Wochen trüchtige **Kalb**in oder trüchtiges **Kind** dem Verkauf aus **Chr. Riene.**

Gottlob Buß
Else Buß
 geb. Schum
 Vermählte
 Nagold-Calm / 5. November 1932

Morgen Sonntag, ab 3 Uhr
große öffentliche Tanz-Unterhaltung
 bei gut besetzter Streichmusik
 Es ladet höflichst ein **Chr. Reitz, „Traube“**, Nagold
Lezte Tanzunterhaltung

Heute prima 1268

Reheffen mit Spügler

Sikel z. „gold. Adler“

Heute und morgen **Metzelsuppe**
Gasthaus z. „Adler“, Rohrdorf

Tonfilm-Theater
 Am Sonntag abend, anschließend an die Kino-Vorstellung

Bekanntgabe der Wahlergebnisse
Wer nicht inseriert
 kommt bei der Rundschau in Vergessenheit.

für 60 S. vorzütig in der Buchhandlg. Zaiser, Nagold

Zum Reformationsfest Vor Gottes Angesicht

Es muß zu einem Untergang kommen mit einem jeglichen Menschen. Wenn nun der Mensch also untergeht und zu nichts wird in allen seinen Kräften, Werten, Wesen, daß nichts mehr, denn ein elender, verdammter, verlassener Sünder da ist, dann kommt die göttliche Hilfe und Stärke.

Luther.

Es müssen sich zwar die Heiligen mit dem Teufel rufen und mit dem Tode befehen. Es ist aber in solchem Kampf das Allerbeste und Nächste zum Siege, dies Lieblich der Heiligen lernen sinnen, nämlich: Sich selbst verleugnen und an die rechte Hand Gottes hängen.

Luther.

Wir alle sind in Christo Priester und Könige, die wir an Christum glauben. Jeglicher Christenmensch wird durch den Glauben so hoch erhaben über alle Dinge, daß er gar alles ein Herr wird durch geistliche Macht, so daß ihm kein einzig Ding irgendwie schaden kann; ja es muß ihm alles untertan sein und dienen zu der Seligkeit.

Luther.

Freiheit eines Christenmenschen

Im Jahr 1520 schrieb Luther seine gewaltige Schrift von der „Freiheit eines Christenmenschen“. Dort stehen im Mittelpunkt die beiden Sätze: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“ Seltsam, diese beiden Sätze schließen sich doch gegenseitig aus. Und doch hat sie Luther unmittelbar nebeneinander gestellt. Wie geht das zu?

Man hat später die Freiheit, die in der Reformation gepredigt wurde, mißverstanden und entstellt. Aus „Freiheit“ wurde Fessellosigkeit und Selbstherrlichkeit. In ihrem Zeichen glaubte man jede Bindung bekämpfen, gegen jede Autorität rebellieren zu dürfen. So wurde die Freiheit zur Schrittmacherin der Schrankenlosigkeit und Anarchie auf allen Gebieten. Freiheit des Glaubens, des Denkens, der Kunst erhabener Gedanke! Aber was wurde daraus? Blüte von Schmutz und Schand, Wachstum zersetzender Kräfte in Ebe und Sittlichkeit. Ausdruck der Unruhe, Sturm gegen die Herrschaft Gottes.

Es wird manchmal t... Luther habe mit seinem Kampf gegen die Papstautorität und für die Freiheit des Christenmenschen den ersten Schritt getan, um diese Entwürdigung einzuleiten. Die so reden, wissen nicht, um was es Luther ging. Es gibt eine Freiheit von etwas und zu etwas. Nur beides zusammen macht die echte Freiheit aus.

Sie dringt über alles bloße Protestlerturn hinaus zum Ja und zur Hingabe. Sie ist freiwillige Bindung und Dienst an einer Sache. Darum ist sie nicht bloß ein alles Gewährenlassen und schwächliche Toleranz, sondern sie kann auch hart sein, verneinen und bekämpfen. Sie hat eine Richtung und weiß um Wert und Unwert. So stellte Luther neben die Freiheit über alle Dinge das Untertansein unter jedermann. Beides gehört zusammen. Hätte er nur die Freiheit von allen Gewalten verkündigt, dann könnte er mit Recht ein hoher Revolutionär genannt werden. Daß er aber den freien Christenmenschen um so tiefer in die Bindung stellte, das erhob sein Werk über alles bloße Aufständische.

Gerade heute, wo neben einer schrankenlosen, entarteten Freiheit sich blinder Gehorsam und übersteigerte Führerherrlichkeit breit machen, gilt es mit neuem Ernst um den Freiheitsbegriff Luthers zu ringen. Er kennt nicht Freiheit ohne Bindung und nicht Bindung ohne Freiheit, sondern nur eine Freiheit, die sich bindet in der Sache. Die letzte Macht aber, die über alle Wesen frei macht und zugleich bindet, ist Gott. Nur der Mensch ist wahrhaft frei, der in Gott gefangen ist. Und rechte Führung ist nur da, wo der Führer von Gott geführt wird. „Freiheit“ kann eine schwere Gefahr sein, wo sie mißbraucht wird. Aber sie ist ein großes Gut, wenn sie in ihrem Wesen erkannt wird:

als freiwillige Hingabe an das Große. Solche Bindung macht wahrhaft frei. Luther schreibt sein Schrift: „Siehe, das ist die rechte geistliche christliche Freiheit, die das Herz frei macht von allen Sünden, Gelehen und Geboten. Welche alle andere Freiheit übertrifft, wie der Himmel die Erde.“

Dr. Hüttner.

Neue Berechnungsgrundlagen der Steuergutsheine für Mehrbeschäftigung

Im Reichsanzeiger wird eine Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zur Steuergutsheineverordnung vom 31. Oktober veröffentlicht, welche die Berechnung der Belegheitzahlen vereinfacht, entstandene Zweifel und Härten beseitigt und die Berechnungsart in Uebereinstimmung mit derjenigen der Tarifordnungsverordnung bringt. Zugleich wird die Bestimmung

der Saison- und Kampagne-Gewerbe vom 26. 9. 1932 in erweiterter Fassung neu erlassen. Die wichtigste Änderung ist die Ausnahme des gesamten Einzelhandels (mit Ausnahme des Handels mit Drogen und Apothekenwaren) in die Liste der Saisongewerbe.

Weiterbeschäftigung Ausgeleiteter ist Mehrbeschäftigung

Auf eine Eingabe des Reichsarbeitsamts des selbständigen Mittelstands hat der Reichsarbeitsminister dem Reichspräsidenten folgende Entscheidung mitgeteilt: „Wenn ein Lehrling nach Ablauf seiner Lehrzeit nicht aus einem Unternehmen ausscheidet, sondern als Geselle oder Handlungsgehilfe oder sonst gegen Entgelt im Betrieb weiter beschäftigt wird, so ist diese Weiterbeschäftigung als Mehrbeschäftigung eines Arbeitnehmers im Sinn der Verordnung des Reichspräsidenten zur Regelung der Wirtschaft vom 4. September 1932 anzusehen.“

Politische Wochenrundschau

Wahlen am „laufenden Band“ / Änderung des Wahlrechts? / Wir haben 3. St. drei Regierungen! / Fremde Mächte beraten über unsere Heeresstärke / Weltwirtschaftskonferenzzwitzwang / Schluß mit der Einfuhr eigener Erzeugungsprodukte

Die letzte Nummer vor der Wahl! Wie wird sie ausfallen? Wird sich eine Mehrheit für das Papensche Kabinett finden? Bis jetzt stehen hinter ihm die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und, aller Wahrscheinlichkeit nach, auch noch die Reste der Mittelparteien. Sicherlich hat die Regierung Papen an Anhang gewonnen, aber das gibt noch nicht jene Vertrauensmehrheit, die der Artikel 54 für eine Parlamentsregierung verlangt. Was tun? Nochmals den Reichstag auflösen? Wir haben nun fünfmal in diesem Jahre gewählt. Soll das am „laufenden Band“ weitergehen? Oder will der Reichspräsident an das Volk appellieren, also einen Volksentscheid veranlassen? Und was wird dabei herauskommen? Ein anderes Ergebnis als bei der Wahl? Oder wird man durch Notverordnung, mit Berufung auf ein übergesetzliches Notstandsrecht, eine neue Verfassung schaffen?

Wie diese etwa aussehen dürfte, darüber hat dieser Tage der Verfassungsminister v. G a n t ein ziemlich klares Bild entworfen. Einen Hauptpunkt bildet die Änderung des Wahlrechts: Heraushebung des Wahlalters um 5 Jahre, Zulassung für Kriegsteilnehmer und Haushaltsvorstände. Auch andere grundlegende Änderungen bezüglich des Rechts des Reichspräsidenten, der Position der Regierung aus den Fesseln des Parlaments, das auf Gesetzgebung und Gestaltung des Haushalts beschränkt werden soll, des Aufbaus des Reichsrats zu einem dem Reichstag ebenbürtigen Oberhaus u. a. m. Aber es soll sich nur um einen „Ausbau“, nicht um einen „Neubau“ der Verfassung handeln, auch nicht um die Frage, ob Republik oder Monarchie.

Daß geändert werden muß, darüber sind so ziemlich alle Parteien einig, das zeigt ja auch der gegenwärtige Streit zwischen Reich und Preußen, ein unhaltbarer Zustand, der tadellos bald aus der Welt geschafft werden sollte. Statt die durch die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen entstandene Lage zu entwirren, hat der Spruch des obersten deutschen Gerichts sie erst recht verwidelt. Wir haben nun in Berlin richtig drei Regierungen: die Reichsregierung, die kommissarische und die preussische Staatsregierung. Wirklich des Guten zu viel! Noch mehr. Ein wahrer Konfliktherd, der zu den schlimmsten Wirren und zur Untergrabung der Staatsautorität führen muß. Der Reichskanzler hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen die Herren Dr. P o p i h (Finanzen), v. B r a u n (Landwirtschaft) und Dr. K a e h l e r (Inneres und Kultus) eingesetzt. Die alten Minister haben nach dem Leipziger Spruch die Vertretung Preußens im Reichsrat und im Reichstag, genau so wie vorher. Sie beziehen auch weiterhin ihren ungekürzten Ministergehalt und treten ab und zu zum Ministerrat zusammen. Kurz, sie sind zwar ihrer Regierungsfunktionen enthoben, aber sie sind doch noch in Amt, Gehalt und Würde. Nur der Landtag kann eine andere Regierung an ihre Stelle berufen, aber dieser hat bekanntlich in letzter Stunde durch eine Änderung der Geschäftsordnung dies bis auf weiteres unmöglich gemacht. Alle diese Unsicherheiten sind um so mehr zu bedauern.

als man im Ausland allerlei im Schild gegen uns führt. Boran Herriot in Frankreich. Hat doch dieser am letzten Samstag in der Kammer unter deren Zustimmung (430:20) einen sogenannten „konstruktiven“ Abrüstungsplan vorgelegt, einen wohl nicht ernst gemeinten, aber doch für Deutschland gefährlichen Entwurf, der allem, nur nicht der von uns geforderten militärischen „Gleichberechtigung“ gerecht wird. Es soll nämlich über das Militärwesen eingeführt, jedes Berufswehr, also auch die deutsche Reichswehr, abgeschafft, eine internationale Kontrolle („Inspektion“ nach Art. 219) eingeführt, eine offizielle Schiedsgerichtsbarkeit eingerichtet und endlich Spanien als Lagerverwalter für das dort zu lagernde internationale Kriegsmaterial bestellt werden. Zu letzterem Zweck soll Herriot seine neuerliche Reise nach Madrid unternommen haben. Frankreich will bei dieser Gelegenheit zwei Rücken auf einen Schlag treffen: die Sicherung eines direkten Zugangs zu dem europäischen Waffenlager und aber auch eine gute Verbindung mit seinem nordafrikanischen Kolonialreich, worüber freilich England und Italien nicht sonderlich erbaudt sein werden. Andererseits will Herriot die Kolonialarmee nicht in den Rahmen der Abrüstung und der Ueberwachung gestellt wissen. Und doch ist das ein sehr wichtiger Punkt. Hat doch Frankreich im Weltkrieg nicht weniger als 600 000 Schwarze gegen uns aufgeboten! Immerhin — was wohl nicht übersehen werden darf — hat Herriot selbst damit das „heilige“ französische Dogma von der Unabänderlichkeit des Versailler Vertrages, der in diesem Fall eben doch abgeändert werden müßte, durchbrochen.

In Genf ist man eifrig an der Vorbereitung der bevorstehenden Londoner Weltwirtschaftskonferenz. Dabei gab es eine recht unangenehme Ueberraschung: Der bekannte englische Wirtschaftsexperte und Verfasser des Bajerler Seilhalte-Berichts, Sir Layton, ist aus dem „Vorbereitenden Ausschuss“ ausgetreten. Er halte nicht viel von der Konferenz. Englands Handelspolitik gehe ganz andere Wege. Die Ottawaer Vereinbarungen, die britischen Hochofenzölle und die neue Londoner Kontingentierung von Einfuhr — Fleisch —, alles das bezwecke genau das Gegenteil von dem, was die Weltkonferenzen eigentlich wollten. Denselben Standpunkt vertritt ja auch der holländische Wirtschaftler C o l l i n s, der wiederholt erklärte, der Bälterbund habe bisher rein nichts auf dem wirtschaftlichen Gebiete erreicht.

Auch bei uns erregt die Papensche Kontingentierungspolitik Anstoß. Dabei übersteht man zu häufig, daß wir schon im Interesse unserer Währung die Einfuhr einschränken müssen, und zwar die der Lebensmittel, die man ebenso gut auf deutscher Scholle erzeugen kann, natürlich nicht die Einfuhr solcher Rohstoffe, die unsere Industrie notwendig braucht und die der deutsche Bauer nicht bauen kann. Wir müssen mit unseren Devisen recht sparsam umgehen. Sie bilden neben Gold die notwendige Deckung der Reichsbanknoten. Diese aber sieht augenblicklich bedenklich dünn aus (3. J. etwa 25 Prozent). W. H.

Zumpe in Amerika

Ein lustiger Roman von Fritz Koenig
Ulrichs-Buchverlag: Welt-Berliner-Verlag Leipzig C 3

Bomberling benutzte einen Vorwand, um Anton mit Uschi allein zu lassen. Anton sah, daß die Geliebte schmaler geworden war.

Es suchte ihm in den Armen, sie an sich zu reißen, aber er nahm sich zusammen und unterhielt sich sehr nett mit ihr.

Seinen Namen — Bayer — hatte er nicht genannt, denn sonst hätte Uschi gleich gewußt, wer vor ihr stand.

Aber seltsam mußte es dem Mädchen doch vorkommen, denn Anton spürte, wie sie manchmal stugte und ihn prüfend ansah.

Er verabschiedete sich.

An der Türe aber faßte er sie am Schopf und küßte sie herzlich.

„Sie unerschämter...!“ weiter kam Uschi nicht, denn dann wußte sie, wer sie küßte, wer es war.

So küßte nur der Anton!

„Ach du...!“ flüsterte sie. „Komm' bald, ich bin so allein. Ich sehne mich nach dir!“

„Kleines Liebes!“ sagte Anton zärtlich. „Bald ist die Zeit um und dann gehst's wieder heim. Ich habe die Rolle bald voll von Amerika.“

„Ich auch... du... und dann... Allen-Graben! Ich freue mich so auf die Heimat!“

Er strich ihr über das weiche Haar. Zärtlich sagte er: „Ja, Liebling, ich freue mich ja mit dir! Dann werde ich auf den ganzen Weltmeisterschaftstram pfeifen! Das ist nicht mehr Sport, das ist Betrug und nichts anderes. Ich mache einen Schlußstrich!“

Während Anton mit seiner geliebten Uschi glückliche Augenblicke verbringt, sitzt Edith Meyers, die zum ersten Male in ihrem Leben liebt, ganz ausgelöst an der Seite des Baters.

Sie weint herzzerbrechend.

Papa Meyers ist saunungslos vor soviel Tränen.

„Aber Edith!“ sagt er dann. „Nimm dich doch zusammen! Sollst ja deinen Zumpe haben! Hast mir doch gesagt, daß er dich lieb hat!“

„Ja, Papa, das weiß ich ganz gewiß!“

„Ist ja alles gut, Mädchen! Warum heulst du dann?“

„Weil... weil... ach der Dede... der ist so häßlich zu mir. Wenn ich zu ihm will, da sagt er: Unmöglich! Papa, du mußt ihn mal auffuchen und mußt ihm sagen...“

„... ich...!“

„Was denn! Seit wann stotterst du denn?“

„Du bist garstig, Papa! Du, kannst du dir denken, daß man etwas gegen Mr. Zumpe unternimmt?“

„Du meinst, daß er die Weltmeisterschaft nicht gewinnen soll?“

„Ja, der Dede hat davon erzählt. Von verdrehten Umtrieben.“

„Schon möglich!“ Meyers blies den Rauch seiner Zigarre gedankenvoll vor sich hin. „Siehst du, mein Kind, was hier vor sich geht, das ist nicht mehr Sport! Das ist Geschäft, ganz gemeines, raffiniertes Geschäft, und ich kann dir sagen...“

„Was denn, Papa, was denn?“

„Wenn mir dieser Zumpe nicht so gut gefiele, wenn er nicht trotz seiner Boxerei ein so liebenswerter, netter Junge wäre, dem man auch zutrauen kann, daß er sich mal gut in mein Geschäft einpassen wird... dann würde ich mit allen Mitteln gegen deinen Herzenswunsch sein.“

Edith strahlte über das ganze Gesicht.

„Er gefällt dir, Papa, nicht wahr?“

Das Gesicht des alten Herrn wird plötzlich ernst.

„Jetzt sag' mal ehrlich, Kind, wenn nun der Mr. Zumpe geschlagen wird, willst du ihn dann auch noch als Gatten?“

„Ja, Papa!“ sagt sie fest. „Ich hab ihn lieb!“

Dankbar nickt ihr Meyers zu und der alte Mann freut sich von Herzen über sein Kind.

Marianne ist voll Freude, als sie Anton im Hotel besucht, und sie drückt ihm lange und innig die Rechte.

„Wo kommen Sie her, Herr... Bayer?“

„Von Uschi!“ sagt Anton glücklich. „Ich hatte Sehnsucht nach meinem Mädchen!“

„Das verstehe ich!“ entgegnete Marianne und ihr Herz ist mit einem Male so traurig. Sie hat nie einen Gedanken auf den Befehl Antons gehabt, aber in dem Zusammensein auf dem Schiffe, durch die Rettung durch ihn, ist er ihrem Herzen sehr nahe gekommen und es tut weh, die klare Erkenntnis zu haben, daß ein Finden doch nie möglich sein wird.

Aber Marianne ist ein tapferes, aufrechtes Mädchen. Sie überwindet die Stimmung. Fröhlich plaudert sie mit ihm, schenkt ihm den Tee selber ein.

Sie erzählt von Lady Casdane, die so reizend zu ihr sei und sie wie eine Tochter demuttere.

„Und Lord Casdane? Abirgens ein netter Kerl! Ich glaube, so muß man sich den englischen Gentleman vorstellen.“

Marianne ist rot geworden, dann lacht sie leise und sagt: „Denken Sie, lieber Freund, Lord Casdane hat mir einen Antrag gemacht!“

„Donnerwetter, das geht aber fig! Ja, manchmal kommen die besten Gedanken über Nacht! Und was haben Sie denn gesagt, Marianne?“

„Ich... ich... habe gesagt, ich bin nur eine einfache Marianne Rissen und er sei ein Lord, das passe wohl nicht gut zusammen.“

„Und was hat er da gesagt?“

„Er sei Lord Casdane, Chef des Hauses, seit sein Vater tot sei, und könne tun, was er wolle.“

„Schneidig! Mögen Sie ihn gern, Marianne?“

Das Mädchen senkt den Kopf. Anton begreift plötzlich und die Erkenntnis tut ihm weh.

Marianne... ich verstehe Sie! Sie suchen auch nach der großen Liebe, wie alle starken Herzen. Das Finden ist schwer... ist Glück, möchte ich sagen. Ich denke, daß ich sie gefunden habe. Ich wünsche Ihnen wahrhaftig dasselbe.“

Marianne sieht ihn mit leuchtenden Augen an.

„Ich weiß es, Anton. Und... ich weiß auch, daß ich sie nicht mehr finden kann. Wenn ich heute... einem Menschen die Hand reiche, dann ist... dann kann nur eheliche Kameradschaft im Spiele sein. Weinen Sie, daß das zu einer glücklichen Ehe langen kann?“

Anton nickt ernst.

(Fortsetzung folgt.)



Aus Handwerk und Gewerbe

Jede Zeit ist ein Rätsel, das nicht sie selber, sondern erst die Zukunft löst. n. Jhering

Was das Handwerk zur besseren Ausgestaltung des gewerblichen Kreditwesens verlangen muß

Streckungsschuh der Landwirtschaft auf Kosten des Handwerks erfolgen. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hatte deshalb die Ausdehnung des Vollstreckungsschuhes auf das Handwerk gefordert, soweit dem Handwerker die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten infolge des besonderen Vollstreckungsschuhes der Landwirte unmöglich gemacht wird. Der Reichswirtschaftsminister hatte bereits vor Monaten den Reichsverband des deutschen Handwerks wissen lassen, daß bestimmte Vorschläge für die Ausdehnung des Vollstreckungsschuhes auf Handwerker ausgearbeitet seien, die aber noch der Nachprüfung durch den Reichsernährungsminister bedürften. Der Reichskanzler beschränkte sich hierzu auf den das Handwerk wenig bestreudenden Hinweis, daß die für die Verabschiedung der landwirtschaftlichen Gläubiger zur Verfügung stehende Summe von 100 auf 240 Millionen RM. erhöht wird. Wann endlich die Vorschläge des Reichswirtschaftsministers verwirklicht werden sollen, darüber hat man nichts gehört.

Zur Rede des Reichskanzlers

Wie der Reichsverband des deutschen Handwerks mitteilt, findet die vor der Obermeistertagung des Berliner und märkischen Handwerks gehaltene Rede des Reichskanzlers einen lebhaften Widerhall in den Kreisen des Handwerks. Es sind weniger die allgemein-politischen Ausführungen, die in der Kritik des Handwerks eine Rolle spielen, als vielmehr die wirtschaftspolitischen, die sich des näheren mit den besonderen Fragen der Handwerkswirtschaft beschäftigen. Aus dem Bereich der ersteren stellt das Handwerk lediglich mit Genugtuung fest, daß für den beachtlichsten Renaufbau von Gesellschaft und Staat eine tätige Mitwirkung der Berufsstände ins Auge gefaßt ist. Diese Heranziehung der berufständischen Gemeinschaften hat das Handwerk seit mehr als einem Jahrzehnt gefordert, in der Erkenntnis, daß die eigenständigen Kräfte im Volkswirtschaftsbau zu pflegen und zu kraftvoller Entfaltung zu führen sind. Auch die angekündigte Einschränkung der privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand wird begrüßt, denn es bleibt die erste Aufgabe von Reich, Ländern und Gemeinden, zu verwalten, nicht aber zu wirtschaften.

Die Gefahren der Schwarzarbeit für das Handwerk

Weniger Zustimmung finden die Ausführungen des Reichskanzlers, die sich mit der Schwarzarbeit beschäftigen. Ja, es mehren sich die Stimmen, die hier von einer großen Enttäuschung reden. Wir stimmen der Auffassung des Reichskanzlers insoweit zu, als die endgültige Beseitigung der Schwarzarbeit nur Zug um Zug mit der Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Verhältnisse erfolgen kann. Es besteht allerdings die Gefahr, daß bis dahin die Handwerkswirtschaft durch die Schwarzarbeit völlig zerrütet worden ist. Der Reichswirtschaftsrat und die Spitzenverbände des Handwerks haben eine Reihe recht beachtlicher Vorschläge ausgearbeitet und den maßgebenden Regierungstellen unterbreitet, deren Verwirklichung ohne allen Zweifel zu einer starken Einschränkung der Schwarzarbeit führen müßte. Man verzweifelt in der Öffentlichkeit vollends, warum die Schwarzarbeit so niederdrückend auf das Handwerk wirkt. Bei ihr liegt doch der nicht zu bestreitende Tatbestand vor, daß dem Meister die letzten Aufträge entzogen werden von Erwerbslosen, für deren Unterhalt das Handwerk durch die Leistung seiner sozialen und steuerlichen Beiträge mit sorgt. Dabei sei die Ungewißheit der Frage gar nicht berührt, wer für den Handwerksmeister einmal sorgt, wenn ihn der wirtschaftliche Stillstand zum Schließen seines Betriebes zwingen sollte. Auch die zerrütteten Auswirkungen auf unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bleiben ohne weitere Erörterung, Auswirkungen, die dazu führen, daß heute beträchtliche Mengen Arbeitsloser mit öffentlicher Unterstützung bei Schwarzarbeit sich besser stellen können, als wenn sie einer geregelten Beschäftigung nachgehen. Hier muß und kann bei gutem Willen Abhilfe geschaffen werden.

Die Wirksamkeit der Steuergutscheine und Beschäftigungsprämien im Handwerk sind begrenzt und fraglich

Unverändert bleibt dem Handwerk die Stelle, wo der Reichskanzler davon spricht, daß auch die Steuergutscheine und die Beschäftigungsprämien dem Handwerk erhebliche Vorteile bringen sollen. Eine solche Auffassung überschätzt die Auswirkungen auf das Handwerk und übersteht, daß für einen großen Teil des Handwerks die Erlangung der Steuergutscheine mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist bzw. überhaupt nicht in Frage kommt. Für einen sehr großen Teil des Handwerks kommt es heute auch gar nicht darauf an, Neueinstellungen vorzunehmen, sondern erst einmal ausreichende Arbeit für den Meister selbst zu schaffen. Lohnprämien und Lohnminderungen kommen in erster Linie den Großbetrieben zugute. Wie unter diesen Umständen die Höhe der Prämie — etwa 1,30 RM. pro Arbeitstag — es dem Handwerk ermöglichen soll, seinen Kunden in der Kalkulation entgegenzukommen, bleibt unbeantwortet, umso mehr, als der kalkulatorische Vorteil vorzugsweise den Großbetrieben zugute kommt. Wir müssen von der Proklamierung einer solchen Auffassung, die bei dem kaufenden Publikum die Hoffnung auf eine neue bevorstehende Preislenkung im Handwerk erwecken muß, nachteilige Wirkungen auf die gesamte Wirtschaft befürchten, die im krassen Widerspruch zu den Absichten der Reichsregierung stehen, die Wirtschaft einer Belebung zuzuführen. Der derzeitige trostlose Preisstand im Handwerk schließt neue Preislenkungen ganz von selbst aus, es sei denn, daß Steuern und soziale Lasten eine ganz wesentliche Herabsetzung erfahren. Der Hinweis auf ein Entgegenkommen des Handwerks in seiner Kalkulation gegenüber den Kunden wäre besser unterblieben.

Der Vollstreckungsschuh der Landwirtschaft darf nicht zur Schädigung des Handwerks führen

Mit Recht ist der Reichskanzler in seinen weiteren Ausführungen auf die Schicksalsverbundenheit zwischen Handwerk und Landwirtschaft eingegangen. Im Verlauf der letzten Jahre hat das Handwerk diese Schicksalsverbundenheit hart genug gespürt, umso weniger sollte der Voll-

Auch dem gewerblichen Mittelstand eine entsprechende Vertretung in der Reichsregierung

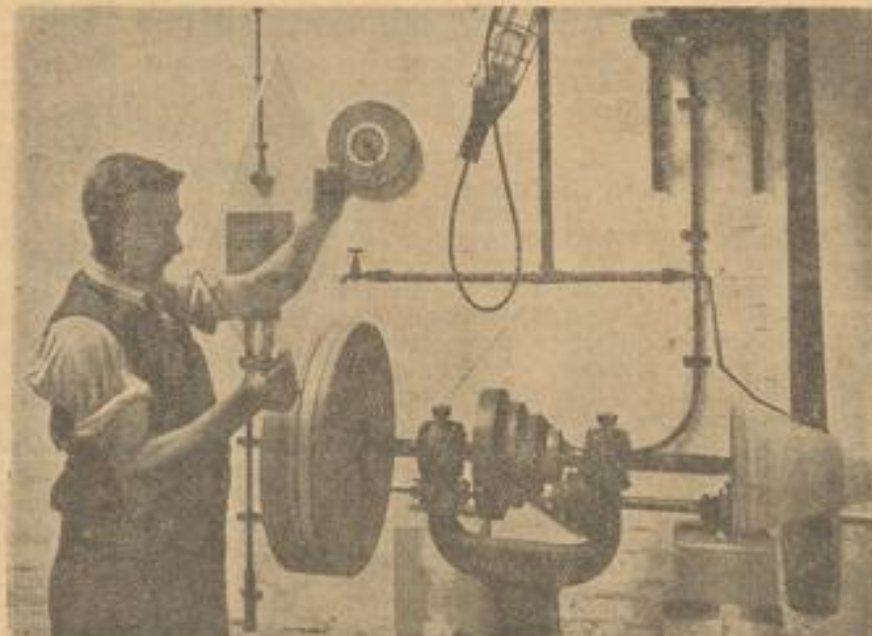
Stillschweigen bewachte Reichskanzler von Papen auch gegenüber der Forderung nach Schaffung eines besonderen Staatssekretariats für die mittelländische Wirtschaft. Wenige Tage vor der zu haltenden Rede hatten Kammertag und Reichsverband in einer an den Kanzler gerichteten Eingabe mit aller Eindringlichkeit noch einmal darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig sei, neben Vertretern der Großwirtschaft und der Landwirtschaft auch einen Vertreter des gewerblichen Mittelstandes an entscheidender Stelle in das Reichskabinett aufzunehmen. Die Rede des Reichskanzlers hätte die beste Gelegenheit geboten, einem seit Jahren vorgetragenen Wunsche des deutschen Handwerks gerecht zu werden. Es ist bedauerlich, daß die Reichsregierung die psychologische Auswirkung gerade dieser Frage in ihrer Tragweite gegenüber den Schichten des Handwerks bisher noch nicht eingesehen hat. In den letzten 13 Jahren hat sich nun eben einmal im gewerblichen Mittelstand das Gefühl staatspolitischer Vernachlässigung festgesetzt. Die vom Reichskanzler wiederholt angekündigte Umbildung der Reichsregierung und die Neuordnung der Wirtschaft im Sinne einer zu nationaler Haltung verpflichteten Privatwirtschaft macht die Schaffung einer besonderen Stelle bei der Reichsregierung notwendig, deren Aufgabe es sein muß, die außerordentlich vielseitigen Interessen des Handwerks und des gesamten gewerblichen Mittelstandes einheitlich zusammenzufassen und zu vertreten.

Wenn die Maßnahmen der Reichsregierung zur Belebung der Wirtschaft, denen das Handwerk in ihren Grundzügen ja zustimmt, von Erfolg für die gesamte Wirtschaft begleitet sein sollen, dann müssen auch die wichtigsten Grundforderungen des Handwerks Berücksichtigung finden.

Gibt Aufträge dem Handwerk

Reichszuschüsse für Instandsetzungen von Wohnungen.

Nachdem in der Tagespresse von verschiedenen Seiten auf die Einreichung entsprechender Anträge bei den Bürgermeistern hingewiesen worden ist, kann jetzt schon festgestellt werden, daß in den Kreisen des Hausbesitzes diesen Anforderungen fast in allen Bezirken lebhaft entsprochen wurde. Jedenfalls ist den Hausbesitzern dringend zu raten, wenn ein solcher Antrag noch nicht gestellt ist, diesen möglichst bald nachzuholen. Da ein bestimmter Betrag für Württemberg ausgelegt ist, können die verspätet eingegangenen Anträge nicht mehr berücksichtigt werden, wenn die auf Württemberg entfallenden Reichsmittel durch die Landesbankkreditallokation verteilt sind. Von Wichtigkeit ist dabei ferner, daß bei der Vergebung der Arbeiten Schwarzarbeiter nicht berücksichtigt werden dürfen. Wenn verschiedene Reparaturarbeiten vorgenommen und auch nur bei einer Teilarbeit Schwarzarbeiter beschäftigt werden, so wird der ganze Zuschuß von der Landesbankkreditallokation gesperrt; auch macht sich der Auftraggeber unter Umständen strafbar. Jeder Auftrag, jede Arbeit gehört volkswirtschaftlich gesehen dem selbständigen Gewerbetreibenden, daß er wieder in die Lage versetzt wird, die leeren Arbeitsplätze zu besetzen und dem Arbeitnehmer Verdienst zu geben. Auf diese Weise kann jeder, der dem selbständigen Gewerbe einen Auftrag gibt, an der Überwindung der Arbeitslosigkeit mitwirken und verhindern, daß die furchtbaren Herforderungen, die sie auf allen Gebieten menschlichen Zusammenlebens verursacht, weitergehen. Die Erkenntnis wirtschaftlicher und sozialer Verbundenheit, die die Entwicklung der letzten Jahre wohl deutlich genug gemacht hat, muß sich in entsprechendes wirtschaftliches Handeln umsetzen. Nur ein verständnisvolles Zusammenwirken aller Bevölkerungskreise, aller Wirtschaftszweige, ist die Fesseln und die Erstickung, in die unser Wirtschaftstoben geschlagen wurde. Jeder kann und muß dazu beitragen, soweit es in seinen Kräften steht. Unser Volk, unsere Wirtschaft braucht, wie es sich nun einmal entwickelt hat und aufgebaut ist, wenn es gesund sein will, auch ein gesundes, kräftiges Handwerk. Deshalb geht an alle die Wohnung: Verwirklicht das vorstehende Handwerksbedürfnis bei jedem einträglichen Bedarf, namentlich auch bei der Instandsetzung von Wohnungen.



Glasler beim Feinschleifen einer Kante

Das Schleifen und Polieren von Glaslinsen wurde in früheren Jahren als eine Vereinerung des Glases, als *luzus*, angesprochen. Die heutige Zeit betrachtet das Glas in bearbeiteter Form nicht mehr ausschließlich als Biergegenstand, sondern hat es in den Dienst des Zweckmäßigen gestellt. Wo früher Holzplatten in Schränken und in Stagen verwendet wurden, nimmt man heute mit Vorliebe Glas. Dieses macht den Inhalt des Schranke überblickbarer und bringt die aufgestellten Gegenstände besser zur Geltung.

Der Wagenbau verwendet zur Wältung des Wageninnern heute auch nicht mehr in Holzrahmen gefasste Scherben, sondern hartes Spiegelglas mit geschliffenen und polierten Kanten. Dieses Schleifen geschieht z. B. an Maschinen, wie sie das Bild zeigt. Im ersten Arbeitsgang wird die Kante mit Sand auf einer Eisenscheibe vorgearbeitet (geriffen), dann auf einem Sandstein feingeschliffen (dieser Vorgang schilbert das Bild), weiter auf einer Polierscheibe mit Bimsstein poliert und dann zur Erhöhung des Glanzes noch mit Polierrot nachgearbeitet. In derselben Weise vollzieht sich auch das Anschleifen von Facetten, die oftmals zur Erhöhung des Aussehens einer Schrank- oder Türverglasung angewandt werden.

Schlosserlied

Kommt her, seht, was der Schlosser kann!
Wer's kann, der mach' es besser!
Den Schloßern paß' ich Schlüssel an,
In Schlüsseln mach' ich Schlösser.
Ich mach' sie für billig Geld,
Französisch und deutsch, wie man's bestellt,
Stark, sanft, blank und eben.

Auch kann ich noch bessester Wohl
Viel andre schöne Sachen
Von Blech, von Eisen und von Stahl
Wir buntem Handwerk machen.
Und warte jemand auch so schön,
In Zweifel meine Kunst zu zieh'n,
Der merke, was hier folgt:

Es war zu Wien ein eiserer Tor
(Wie man es mir erzählte),
Da hing ein großes Schloß'ok dafür dor,
Woju der Schlüssel fehlte,
Das, wie man sagt, in einer Nacht
Ein Schlosserburche hat gemacht
Mit Hül' und Rat des Königs.

Nun wollte Kaiser Leopold
Den Schlüssel dazu haben:
Versprach daher viel Gut und Geld
Und kaiserliche Gaben;
Auch Würd' und Titel hinterher,
Dem Meister, der so künstlich war
Und ihm den Schlüssel machte.

Stachs war ein jeder drauf bedacht,
Das Geld und Gut zu kriegen,
Nacht an dem Schlüssel Tag und Nacht,
Lief alles fehn und liegen.
Allein, der Böse war nicht dumm,
Dreht' für den Bart im Feuer um
Und, hoch, war er verborgen.

Die Meister wurden's endlich satt,
Weil er sie so bedachte,
Bis ein Gefell von Halberstadt
Von selbst den Bart verlehnte.
Da war der böse Feind so dumm
Und dreht im Feuer ihn herum,
Huch, sah der Bart geradet!

Nun ging man gleich den andern Tag
Dem Kaiser ihn zu zeigen,
Und alle Schlosser folgten nach
Mit Paulen und mit Weigen.
Sein bestes Aeid zog jeder an,
Und der Gefell ging selbst voran
Und trug den großen Schlüssel.

Woh, nun will uns dies Gerücht
Die Chronika verzeichnen,
Es mag nun wahr sein oder nicht,
So steht doch nicht zu leugnen:
Ein wacker Schlosser ist ein Mann,
Der unter allen Künstlern kann
Mit Recht sich sehen lassen.

Berg & Schmid das gute Fachgeschäft für Gewerbe- und Industriebedarf

CARL WEIL & CO.

Bankgeschäft

Horb a. N.

Schillerstrasse 320

Tübingen

Uhlandstrasse 6

Telegramm-Adresse: Weilcarl

BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA

100x = 50x Mit einer kleinen Tube zu 50 Pfg. können Sie mehr als 100x Ihre Zähne putzen, weil BIOX-ULTRA hochkonzentriert ist und nie hart wird.

Ladelisten und Frachtbriefe sind stets vorrätig bei Buchhdlg. Zaiser, Nagold

Wählt

vom 2.-4. Dezember im Saalbau „TRAUBE“ - Nagold

die Urahne!

Urahne, Großmutter, Mutter und Kind, Vier Königinnen am häuslichen Spind, Umgürtet der Wirtschaft locker Gebind Und steuern es sicher durch Wellen und Wind.

Hauswirtschaftl. **Modellschau** aus 4 kulturwichtigen Zeitabschnitten. **Gross-Schau** der ansässigen Geschäftswelt. **Sonder-Gruppe:** „Raum ist in der kleinsten Hütte“

Einzelperson 50 Pfg., Vereine 30 Pfg. Erwerbslose, Schulen und Kinder 20 Pfg.

Jeder Ausstellungsbesucher erhält unentgeltlich eine Glückskarte der Urahne. Auf je 50 Glückskarten durch Losentscheid ein Geschenk im Werte bis 5 Mk., auf je 500 Karten ein Sondergeschenk bis 15 Mk., auf je 5000 Karten ein Großgeschenk von 50-100 Mark.

Hauswirtschaftl. Wanderschau „Urahne, Großmutter, Mutter u. Kind“



ECKE METZGER- & BLUMENSTRASSE

Mit Geschmack gekleidet sein - heisst Mäntel und Kleider tragen aus dem Spezialhaus **C. Berner** PFORZHEIM

Evang. Gottesdienste Nagold

Sonntag, 6. November. (24. S. n. Dr.) Reformationsfest.

Vorm. 9.30 Uhr Predigt (Otto); im Anschluß hl. Abendmahl. Abends 7 Uhr Predigt (Brecht). Das Opfer ist für die Württ. Bibelschule bestimmt.

Mittwoch abend 8 Uhr im Vereinshaus Bibelside.

Taberkulose-Sprechstunde

Montag, den 7. Nov. von 2-4 Uhr im Bezirkskrankenhaus

Tonfilm-Theater

Nur Sonntag 2.15, 4.30, 8.15

Nieshausen

9 Uhr Predigt (Brecht) anshl. R. G. D.

Methodist. Gottesdienste (Ev. Freikirche, Richter, 11)

Sonntag, 6. November. Vorm. 9.30 Uhr Predigt (Pflüger). 11 Uhr Sonntagsschule. Abds. 7.30 Uhr Evangelisations-Vortrag: „Klinget nach dem Seligwerden!“

Mittwoch abend 8 Uhr Bibelschule.

Radetten

hinter den roten Mauern von Lipterfelde

Tonfilm m. J. Riemann und Trude von Molo Des Sohnes Leben für des Vaters Ehre.

Ein spannendes Drama von den Geheimnissen einer Nacht. 1924

Somit tönend. Beiprogramm und die neueste Wochenschau.

Satterbach

Sonntag nachm. 2 Uhr Erntedankfest (Pflüger). Freitag abend 8 Uhr Bibelschule.

Ehhausen.

Sonntag nachm. 2 Uhr Predigt. Donnerstag abd. 8 Uhr Bibelschule.

Nieshausen,

Dienstag abend 8 Uhr Bibelschule.

Kath. Gottesdienste Nagold

Sonntag, 6. November. 6-7.30 Uhr Beichtgelegenheit. 8.30 Uhr Gottesdienst in Altentfeld. 10 Uhr Predigt u. hl. Messe in Nagold. 2 Uhr Andacht, hernach Versammlung d. Jungfrauen. 5 Uhr Versammlung der Jungmänner.

Montag, 7. November 2.30 Uhr Versammlung des kath. Frauenbundes.

Mittwoch, 9. November. 7.15 Uhr Gottesdienst in Rohrbrunn.

Freitag, 11. November 8 Uhr Gottesdienst in Unterschwandorf.

Wolle

für Strümpfe und Socken

100 gr von N. 45 an

für Handarbeiten

einfarbig u. gemalt in grosser Auswahl

Chr. Schwarz Nagold

Gutgewöhnte 34 Wochen trüchtige

Ralbin verkauft

Marie Glas, Wwe. Ehhausen.

Wolle

für Strümpfe und Socken

100 gr von N. 45 an

für Handarbeiten

einfarbig u. gemalt in grosser Auswahl

Chr. Schwarz Nagold

Gutgewöhnte 34 Wochen trüchtige

Ralbin verkauft

Marie Glas, Wwe. Ehhausen.

Ehhausen

Samstag und Sonntag

Megelsuppe

Es ladet höfl. ein

Schill 3. „Walbhorn“.

Statt jeder besonderen Einladung!

Effringen

Hochzeits-Einladung

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Dienstag, den 8. November 1932** stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasth. z. „Hirsch“ in Effringen freundlichst einzuladen

Friedrich Rathfelder
Schreiner, Sohn des Gottlieb Rathfelder Schreiner

Johanna Schmid
Tochter des † Georg Friedrich Schmid Maurer.

Kirchliche Trauung 12 Uhr.

Jede Dame

findet bei mir den für sie passenden Hut. Alle Neuheiten, die die Herbstmode bringt sind jetzt vorrätig

Frida Pflomm, Modistin

Vorstadtplatz

Bezirksvertreter

Einwandfreie Zwecksparkasse sucht für das Oberamt Nagold einen ehrlichen, zuverlässigen Herrn bei Höchstprovision.

Gefl. Angebote unt. S. T. 10 900 an Ala-Haasenstein & Vogler, Stuttgart.

Vertrauenswürdige, tüchtige **Herren** als Bezirksvertreter für gut eingeführte Zwecksparkasse für den dort. Bezirk sofort **gesucht**

Gefl. Angebote unter S. T. 8182 an Ala Haasenstein & Vogler, Stuttgart.

Generalvertreter gesucht

für unsere „Greiff“ selbsttätige Kreuzstrahl-Dampfwaschmaschine D.M.P. a. und Ausl.-Patente, führende und übertrag. wirtsch. Arbeit, wäscht selbsttät. jed. Quantum Wäsche in all. Kesseln von 40-200 Liter durch Dampfdruck bei größt. Schonung. Serienproduktion. Perf. Pr. nur RM. 29.50. Enorme Verd. und Abfahrmöglichkeit. Erf. einige Hundert Mark für Warenübernahme.

Greiffenstein & Blumberg G. m. b. H., Neuf a. Rh.

Verblüffend schnell hilft

Mentapin

bei Erkältung, Husten, Grippe, Asthma und Heiserkeit. RM. 1.-

Vorstadt-Drogerie
23. Letzche
und
Apothek Nagold.

SODBRENNEN

und Magenbeschwerden behaltsofort

Tablette

Fl. m. 100 Tabl. nur RM 1.50
Westentsechenpckg. 30 Tabl. - 65
Zu haben in
Nagold: Apoth. Schmid.

Taschen-Fahrpläne zu 50 Pfennig bei G. W. Zaiser.

Schwäbische Bürger!

Deutschnationale und Nationalsozialisten haben aus Parteiinteresse die diesjährigen Wahlen erzwungen.

Die Deutschnationalen werden durch die Ostfunker beherrscht, für deren Interesse der einzige württembergische deutschnationale Abgeordnete (Württ. Bürgerpartei) eintreten muß.

Die deutschnationale Leitung im Norden fordert offen wieder das Hohenzollernkaisertum.

Die Deutschnationalen haben durch ihre Zeitungen das unruhige Hittlerium großgezogen.

Die Nationalsozialisten enthüllen ihren marxistischen und bolschewistischen Sozialismus. Bei Abstimmungen gehen sie mit den Kommunisten zusammen!

Die Reichsabgeordneten sind nur Nummern, da sie abstimmen müssen, wie ihr Führer will.

Die Deutsche Volkspartei hat ihre Stellung aufgegeben, sie wird von der Großindustrie im Norden und Westen des Reiches beherrscht.

Im Norden Großbetriebe der Industrie und Landwirtschaft, im Süden dagegen mittlere bis kleinste Betriebe.

Kein Schwabe kann daher nach gründlicher Überdenkung obige Parteien wählen!

Die Württ. Demokratische Partei und die Saatspartei im Reich beherrscht nur aus Bürgern des Mittelstandes.

Die Führung der Staatspartei haben nun die süddeutschen Demokraten übernommen.

Ihr württembergischer Wirtschaftsminister Dr. Maier kämpft unbestritten mit großer Energie nur für den Mittelstand. Deshalb

Wählt Wirtschaftsminister: Liste 8 Dr. Maier Liste 8

den erprobten Kämpfer für Mittelstand, für nationale und soziale Demokratie!

Nichtwählen bedeutet Stimmabgabe für Kommunisten und Nationalsozialisten!
Ohne Schwächung der Radikalen keine Ruhe!
Ohne Ruhe keine Geschäftsbelegung!

